
INSTITUT FÜR WELTWIRTSCHAFT AN DER UNIVERSITÄT KIEL
Prognose-Zentrum



Deutsche Konjunktur im Winter 2010



Abgeschlossen am 15. Dezember 2010
(Erscheint demnächst als Kieler Diskussionsbeitrag 486/487)

Inhalt

Deutschland: Aufschwung verlangsamt sich – Schuldenkrise bleibt ein Risiko	3
Monetäre Rahmenbedingungen bleiben günstig	5
Finanzpolitik: Strukturelles Budgetdefizit sinkt	8
Exkurs: Das „Zukunftspaket“ der Bundesregierung	10
Dämpfer für die Exporte	11
Binnennachfrage in robuster Verfassung	16
Verbraucherpreisanstieg beschleunigt sich leicht	19
Beschäftigung erreicht Rekordniveau	20
Budgetdefizit des Staates 2011 unter der 3-Prozent-Marke	23
Ausblick: Inlandsnachfrage trägt die konjunkturelle Expansion	27
Literatur	31

Deutschland: Aufschwung verlangsamt sich – Schuldenkrise bleibt ein Risiko

Alfred Boss, Jens Boysen-Hogrefe, Dominik Groll, Nils Jannsen, Stefan Kooths, Björn van Roye und Joachim Scheide

Zusammenfassung:

Die konjunkturelle Erholung in Deutschland ist auch am Ende des Jahres 2010 noch sehr dynamisch. Insgesamt erwarten wir einen Zuwachs der Wirtschaftsleistung von 3,7 Prozent. Zwar bleibt die Entwicklung in den beiden Folgejahren aufwärts gerichtet, doch verliert die Expansion zunächst deutlich an Schwung. Grund hierfür ist eine Eintrübung der Exportkonjunktur, die dem Produktionsanstieg im Inland zunächst einen spürbaren Dämpfer versetzen dürfte. Die Binnennachfrage zeigt sich demgegenüber weiterhin robust, ihr Zuwachs ist aber nicht stark genug, um das gegenwärtige Aufschwungstempo zu halten. Für das kommende Jahr rechnen wir mit einem Anstieg des Bruttoinlandsproduktes von 2,3 Prozent; 2012 dürften es 1,3 Prozent sein. Die niedrige jahresdurchschnittliche Zuwachsrate verdeckt allerdings, dass die Konjunktur im Verlauf des Jahres 2012 wieder an Fahrt gewinnt. Bei steigender Beschäftigung geht die Arbeitslosigkeit bis zum Ende des Jahres 2012 bis auf 2,7 Millionen weiter deutlich zurück. Bei steigender Kapazitätsauslastung sowie allmählich anziehenden Lohnstückkosten nimmt auch der Preisauftrieb zu. Die Inflationsrate steigt von 1,1 Prozent in diesem Jahr auf 1,6 Prozent (2011) und 2 Prozent (2012). Ein Risiko für die Prognose ist, dass sich das bislang sehr günstige monetäre Umfeld infolge einer Ausweitung der Schuldenkrise in einigen europäischen Ländern abrupt eintrübt. Dieses Konjunkturrisiko wiegt für Deutschland stärker als das eines höheren Nachfrageausfalls, der im Falle eines strikteren Konsolidierungskurses in den betroffenen Ländern zu erwarten wäre.

Kasten 1:

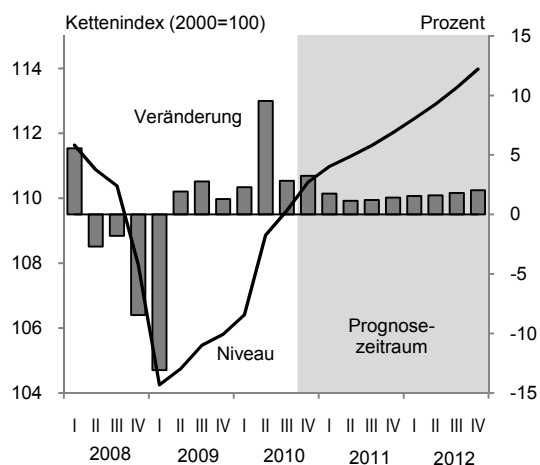
Der Einfluss von Ex-ante-Potentialschätzungen auf die Schuldenbremse (Seite 12)

Die deutsche Wirtschaft befindet sich weiterhin im Aufschwung. Erwartungsgemäß hat sich das Expansionstempo der gesamtwirtschaftlichen Produktion gegenüber dem zweiten Quartal 2010 abgeschwächt. Die Stimmungsindikatoren lassen erwarten, dass sich die Aufwärtsbewegung im kommenden Jahr fortsetzt. Es ist jedoch unsicher, wie sich die Schuldenkrise in der Europäischen Währungsunion auswirken wird. Der direkte Effekt über den Außenhandel wird voraussichtlich nicht sehr groß sein; zwar ist in den Problemländern ein Rückgang der Produktion wahrscheinlich, ihr Anteil an der deutschen Ausfuhr ist jedoch gering. Ein gravierendes Risiko für die Konjunktur könnte sich ergeben, sollte sich die Schuldenkrise zuspitzen, was derzeit nicht ausgeschlossen werden kann. Schon in den vergangenen Monaten war die Unsicherheit an den Finanzmärkten groß, und die Risikoaufschläge bei Staatsanleihen einiger Länder erreichten neue Höchststände. Die Konjunktur würde spürbar gedämpft werden, sollten die Zinsen auf breiter Front deutlich anziehen oder die Banken aufgrund hoher Abschreibungen ihr Kreditangebot erheblich einschränken.

Im dritten Quartal dieses Jahres nahm das reale Bruttoinlandsprodukt abermals kräftig zu, gegenüber dem Vorquartal betrug die laufende Jahresrate 2,8 Prozent (Abbildung 1). Sowohl der Außenhandel als auch die Inlandsnachfrage trugen zur Expansion bei. Die Ausfuhr hat allerdings an Schwung verloren, da sich die konjunkturelle Expansion bei den Handelspartnern verlangsamt hat. Weiter gefestigt hat sich der private Konsum, die Ausgaben der privaten Haushalte legten wie in den beiden Vorquartalen spürbar zu. Nicht nur wurden die verfügbaren Einkommen durch den Anstieg der Beschäftigung gestützt, auch ging die Sparquote zurück. Begünstigt durch die guten Gewinnaussichten wurden die Ausrüstungsinvestitionen kräftig ausgeweitet. Ihr Niveau liegt allerdings noch um rund 15 Prozent unter dem Wert, der vor dem Konjunkturunbruch im Jahr 2008 erreicht wurde.

Die Lage am Arbeitsmarkt hat sich weiter verbessert. So legte die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten – wenn auch zuletzt etwas verlangsamt – zu. Im Oktober war

Abbildung 1:
Bruttoinlandsprodukt 2008–2012



Quartalsdaten, preis-, kalender- und saisonbereinigt; Veränderung gegenüber dem Vorquartal, Jahresrate.

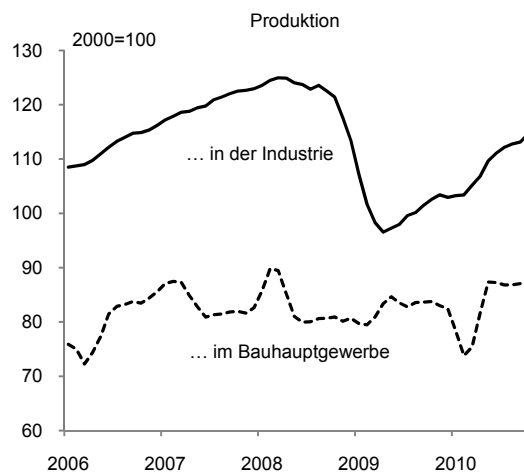
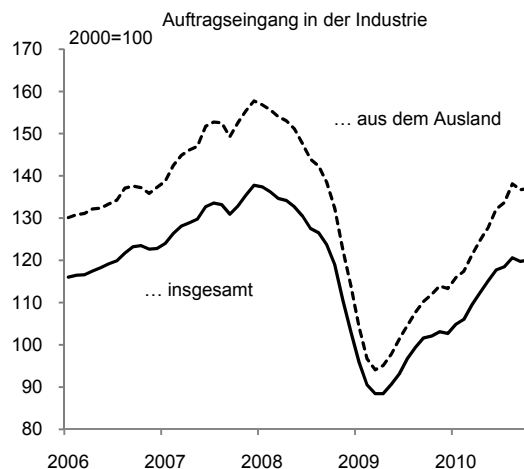
Quelle: Statistisches Bundesamt, *Fachserie 18, Reihe 1.3* (lfd. Jgg.); Prognose des IfW.

sie um knapp 400 000 höher als ein Jahr zuvor, als der Tiefpunkt in diesem Zyklus erreicht war. Die Zahl der Arbeitslosen (in der Definition der Bundesagentur für Arbeit) sank in den vergangenen Monaten moderat; im November betrug sie 3,14 Mill. Personen. Seit dem Spätsommer blieb die Arbeitslosenquote bei 7,5 Prozent. Kaum noch bedeutsam ist die Kurzarbeit.

Der Verbraucherpreisanstieg hat sich in den vergangenen Monaten etwas beschleunigt. Dabei verteuerten sich Energieträger und Nahrungsmittel deutlich. Im November betrug die Inflationsrate im Vorjahresvergleich 1,5 Prozent.

Für das vierte Quartal dieses Jahres erwarten wir, dass das Bruttoinlandsprodukt abermals kräftig – mit einer laufenden Jahresrate von 3,2 Prozent – zunimmt. Dafür spricht, dass sich das Geschäftsklima in jüngster Zeit deutlich verbessert hat. Auch ist das Niveau der Industrieproduktion im Oktober merklich höher als im dritten Quartal; allerdings hat sich die Zunahme bei den Auftragseingängen in der Industrie in den vergangenen Monaten etwas verlangsamt (Abbildung 2). Für das Jahr 2010 insgesamt rechnen wir mit einem Anstieg des Bruttoinlandsprodukts um 3,7 Prozent, nachdem unsere Prognose vom September dieses Jahres noch bei 3,4 Prozent lag. Maßgeblich für

Abbildung 2:
Konjunkturindikatoren 2006–2010



Monatsdaten, saisonbereinigt; Auftragseingang und Produktion: Volumen, gleitender Dreimonatsdurchschnitt.

Quelle: Deutsche Bundesbank, *Saisonbereinigte Wirtschaftszahlen* (lfd. Jgg.); ifo, *Konjunkturperspektiven* (lfd. Jgg.); eigene Berechnungen.

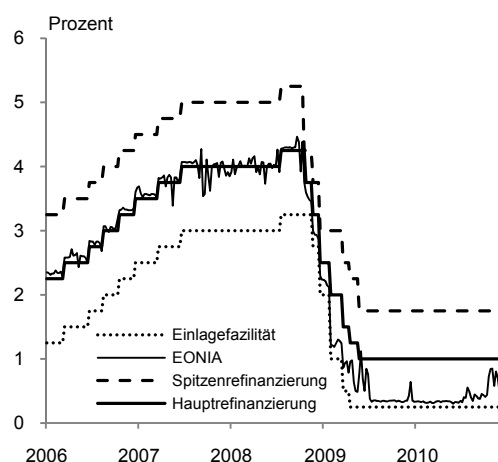
die Aufwärtskorrektur ist, dass die Ausgangsbasis infolge der Revision der Zahlen für das erste Halbjahr 2010 durch das Statistische Bundesamt nun etwas höher ist. Im kommenden Jahr dürfte sich die Konjunktur vor allem wegen der nachlassenden Impulse aus dem Ausland deutlich abflachen, das Bruttoinlandsprodukt dürfte um 2,3 Prozent zunehmen. Im Verlauf des Jahres 2012 wird sich die konjunkturelle Expansion leicht beschleunigen; gleichwohl ist für den Jahresdurchschnitt mit einem Anstieg um lediglich 1,3 Prozent zu rechnen, bedingt durch den niedrigen statistischen Überhang und den Arbeitstageffekt, der die Zuwachsrate um 0,2 Prozentpunkte mindert. In beiden Jahren dürfte die Inlandsnachfrage die Expansion dominieren, während vom Außenhandel kein positiver Wachstumsbeitrag zu erwarten ist.

Monetäre Rahmenbedingungen bleiben günstig

Das monetäre Umfeld hat sich in den vergangenen Monaten etwas verbessert. Zum einen trug die Abwertung des Euro gegenüber dem US-Dollar, die wohl auch auf die Finanzmarktunruhen im Zuge der Schuldenkrise im Euroraum zurückgeht, zu einer Verbesserung der preislichen Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen bei. Zum anderen hat sich die Situation am Geldmarkt entspannt. Die Anleihe- und Kreditzinsen für Unternehmen gaben in den vergangenen Monaten leicht nach.

Die Europäische Zentralbank (EZB) hat ihre Niedrigzinspolitik fortgesetzt. Sie beließ den Hauptrefinanzierungssatz bei 1 Prozent (Abbildung 3), und die Offenmarktgeschäfte wurden nach wie vor als Mengentender mit unbegrenzter Zuteilung durchgeführt. In den vergangenen Monaten stieg der Zinssatz für Tagesgeld (EONIA) etwas. Zudem ging die Inanspruchnahme der Einlagefazilität der EZB spürbar zurück (Abbildung 4). Beide Entwicklungen sprechen für eine leichte Entspannung am Interbankenmarkt. Der EONIA notiert jedoch wei-

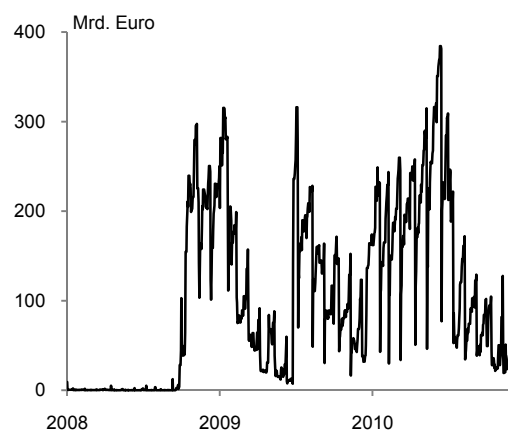
Abbildung 3:
Leitzinsen und Tagesgeldsätze im Euroraum 2006–2010



Wochendaten.

Quelle: EZB (lfd. Jgg.).

Abbildung 4:
Inanspruchnahme der Einlagefazilität im Euroraum 2008–2010



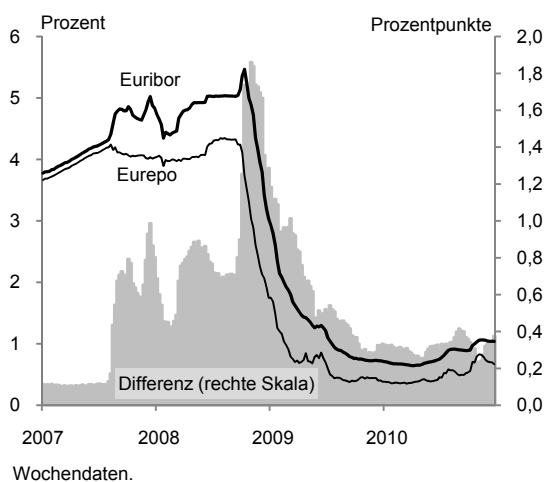
Tagesdaten; Bestandswerte.

Quelle: EZB (lfd. Jgg.).

terhin deutlich unter dem Leitzins und nur knapp über dem Zinssatz der Einlagefazilität, was für einen immer noch hohen Liquiditätsüberschuss der Geschäftsbanken und für eine Segmentierung des Geldmarkts spricht. Der Zinsaufschlag für unbesichertes Dreimonatsgeld (Euribor) gegenüber besichertem Dreimonatsgeld (Eurepo) bewegt sich nach wie vor zwischen 0,3 bis 0,4 Prozentpunkten (Abbildung 5), wobei der Euribor seit Mitte 2009

erstmals wieder über den Leitzins stieg. Der von uns ermittelte Finanzmarktstressindikator für Deutschland ist zuletzt etwas gesunken (Boysen Hogrefe et al. 2010). Die Turbulenzen im Zuge der Schuldenkrise im Euroraum haben bislang nicht zu größeren Verspannungen am deutschen Finanzmarkt geführt.

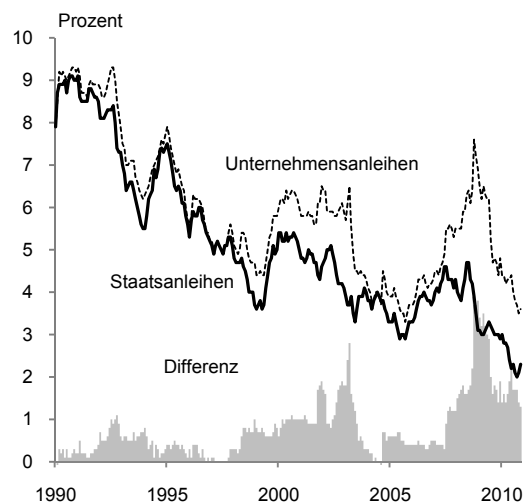
Abbildung 5:
Zinssätze für besichertes und unbesichertes Dreimonatsgeld im Euroraum 2007–2010



Quelle: EZB (lfd. Jgg.); Eurepo (2010); eigene Berechnungen.

Die Finanzierungsbedingungen der Unternehmen haben sich geringfügig verbessert. Die Rendite deutscher Unternehmensanleihen sank in den vergangenen Monaten unter 4 Prozent (Abbildung 6). Die Aufschläge gegenüber Bundesanleihen verringerten sich zuletzt etwas. Auch der spürbar gestiegene Bruttoabsatz langfristiger Schuldverschreibungen nicht-finanzieller Kapitalgesellschaften deutet auf eine Verbesserung der Finanzierungsbedingungen hin. Zudem entwickelte sich die Kreditvergabe an nichtfinanzielle Unternehmen weiter positiv. Zwar liegt der Kreditbestand noch unter dem Vorjahresniveau (Abbildung 7); im vergangenen Halbjahr wurde die Kreditvergabe jedoch wieder ausgeweitet. Auch die Vergabe von Wohnungsbau- und Konsumentenkredite zog weiter an. Die Zinssätze für Unternehmenskredite blieben zuletzt weitgehend unverändert (Abbildung 8).

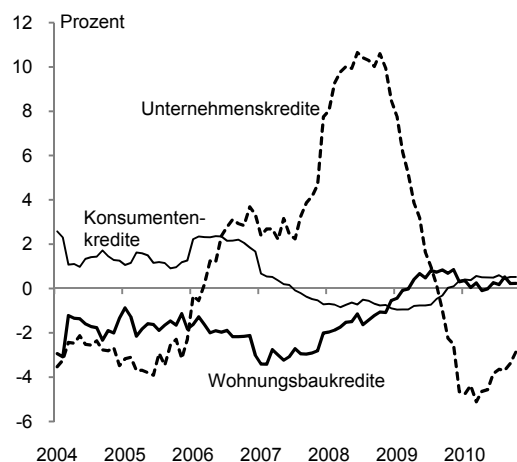
Abbildung 6:
Kapitalmarktzinsen 1990–2010



Monatsdaten, Renditen; Unternehmensanleihen mit mittlerer Restlaufzeit von über drei Jahren; Staatsanleihen mit 5-jähriger Laufzeit.

Quelle: Deutsche Bundesbank, Monatsbericht (lfd. Jgg.); eigene Berechnungen.

Abbildung 7:
Veränderung der Kreditbestände 2004–2010

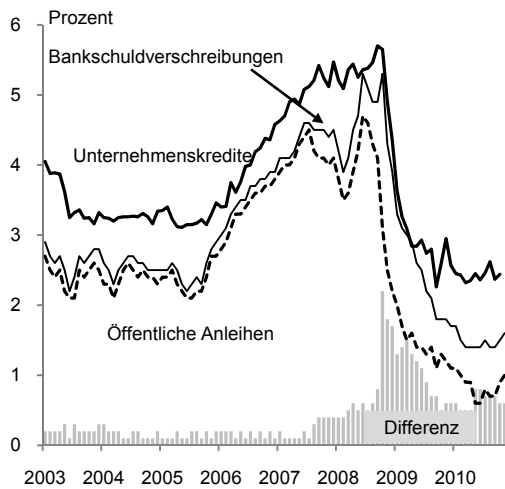


Monatsdaten; Veränderung gegenüber dem Vorjahr; Unternehmenskredite: Nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften.

Quelle: Deutsche Bundesbank, Monatsbericht (lfd. Jgg.); eigene Berechnungen.

Der *Bank Lending Survey* der EZB zeigt für Deutschland eine leichte Lockerung der Kreditvergabestandards an. So berichteten erstmals seit 2007 mehr Banken über eine Lockerung der Standards als über eine Straffung in den vergangenen drei Monaten (Abbildung 9). Für die kommenden 3 Monate erwarten die Banken

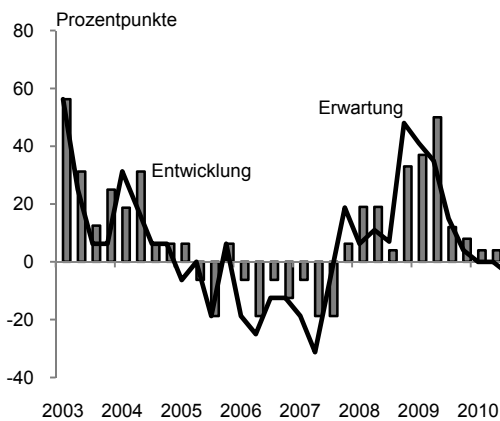
Abbildung 8:
Kreditzins der Banken und Kapitalmarktzinsen 2003–2010



Monatsdaten, Zinsen und Renditen; Unternehmenskredite über 1 Mill. Euro mit variabler Verzinsung oder Zinsbindung bis zu einem Jahr; öffentliche Anleihen mit einer Restlaufzeit von 1–2 Jahren; Differenz: Renditeabstand zwischen Bank-schuldverschreibungen und öffentlichen Anleihen.

Quelle: Deutsche Bundesbank, *Monatsbericht* (lfd. Jgg.); eigene Berechnungen.

Abbildung 9:
Veränderung der Vergabestandards für Unternehmenskredite 2003–2010



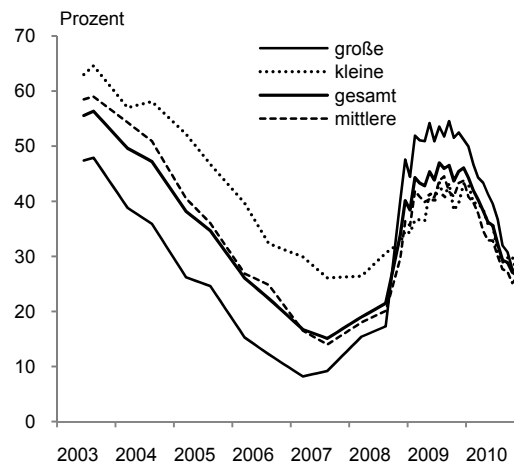
Quartalsdaten; Saldo des Anteils der Banken, welche eine Anhebung der Standards angeben, und Banken, die über eine Lockerung berichten; Entwicklung: in den vergangenen drei Monaten; Erwartung: für die kommenden drei Monate.

Quelle: Deutsche Bundesbank, *Bank Lending Survey* (lfd. Jgg.).

keine Veränderung. Zudem zeigt die ifo-Kredit-hürde, dass sich der Anteil der Unternehmen, die eine restriktive Kreditvergabe seitens der Banken berichten, weiter verringert hat (Abbildung 10). Dabei spielte die Unternehmensgröße

zuletzt keine große Rolle mehr, nachdem während der Finanzkrise hauptsächlich große Unternehmen über eine restriktive Kreditvergabe berichtet hatten.

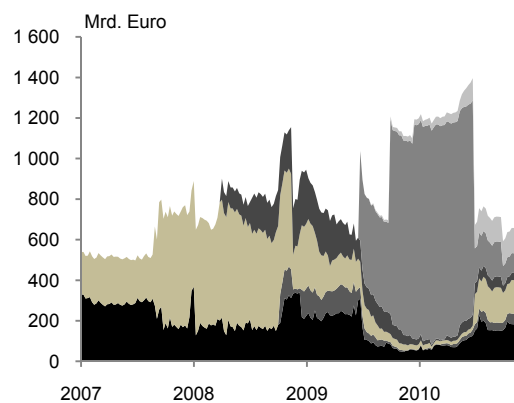
Abbildung 10:
Kreditthürde nach Unternehmensgröße 2003–2010



Monatsdaten ab November 2008; Anteil der Firmen, die über eine restriktive Kreditvergabe seitens der Banken berichten.

Quelle: ifo, *Schnelldienst* (lfd. Jgg.).

Abbildung 11:
Bereitstellung von Liquidität durch das Eurosystem 2007–2010



- Programm zum Ankauf gedeckter Schuldverschreibungen und Programm für die Wertpapiermärkte
- Längerfristige Refinanzierungsgeschäfte einjähriger Laufzeit
- Längerfristige Refinanzierungsgeschäfte sechsmonatiger Laufzeit
- Längerfristige Refinanzierungsgeschäfte dreimonatiger Laufzeit
- Refinanzierungsgeschäfte mit Sonderlaufzeit von 1 Erfüllungsperiode
- Hauptrefinanzierungsgeschäfte

Wochendaten.

Quelle: EZB (lfd. Jgg.), eigene Berechnungen.

Im Jahr 2011 dürfte die Geldpolitik der EZB weiterhin expansiv ausgerichtet bleiben. Zwar hat sie durch das Auslaufen von Refinanzierungsgeschäften sechsmonatiger und einjähriger Laufzeit dem Markt bereits Liquidität entzogen (Abbildung 11). Sie dürfte jedoch den Hauptrefinanzierungssatz vor dem Hintergrund der vorübergehend sehr geringen konjunkturellen Dynamik im Euroraum sowie niedriger Inflationserwartungen im kommenden Jahr bei 1 Prozent belassen (Tabelle 1). Zudem hat sie angekündigt, die Hauptrefinanzierungsgeschäfte bis mindestens Mitte April 2011 als Mengentender mit festem Zinssatz und unbegrenzter Zuteilung durchzuführen. Des Weiteren entschied sie, im Januar, Februar und März Refinanzierungsgeschäfte dreimonatiger Laufzeit als Mengentender mit Vollzuteilung anzubieten. Auch das Programm zur Stabilisierung der Wertpapiermärkte soll vorerst weiterge-

führt werden, wodurch die EZB je nach Bedarf Staatsanleihen ausgewählter europäischer Länder auf dem Sekundärmarkt erwerben dürfte. Bei wiederanziehender Konjunktur im Euroraum dürfte die EZB den Leitzins Anfang des Jahres 2012 anheben. Zudem wird sie die längerfristigen Refinanzierungsgeschäfte wohl weiter einschränken und die Umstellung vom Mengentender auf die sonst üblichen Zinstender voranbringen. In Erwartung einer allmählichen Normalisierung der Geldpolitik dürften im Prognosezeitraum auch der Tagesgeldzins und die langfristigen Zinsen wieder etwas steigen. Für die Prognose unterstellen wir einen konstanten Wechselkurs des Euro gegenüber dem US-Dollar. Die preisliche Wettbewerbsfähigkeit wird sich im Prognosezeitraum wohl leicht verschlechtern, nachdem sie sich im laufenden Jahr wohl spürbar verbessert haben dürfte.

Tabelle 1:
Rahmendaten für die Konjunktur 2010–2012

	2010				2011				2012			
	I	II	III	IV	I	II	III	IV	I	II	III	IV
Leitzins der EZB	1,0	1,0	1,0	1,0	1,0	1,0	1,0	1,0	1,2	1,4	1,7	1,8
Langfristige Zinsen	3,1	3,4	3,3	2,6	3,0	3,0	3,0	3,0	3,1	3,1	3,2	3,2
US-Dollar/Euro	1,30	1,36	1,43	1,36	1,35	1,35	1,35	1,35	1,35	1,35	1,35	1,35
Preisliche Wettbewerbsfähigkeit	83,0	81,2	82,7	83,5	83,3	83,3	83,4	83,4	83,3	83,1	83,1	83,2
Industrieproduktion im Ausland	9,0	9,3	0,8	1,8	0,4	0,9	2,1	3,1	3,4	5,1	4,4	4,0
Rohölpreis	76,7	78,1	76,5	87,0	90,0	90,0	90,0	90,0	90,0	90,0	90,0	90,0

Leitzins der EZB: Hauptrefinanzierungssatz; Langfristige Zinsen: Rendite 9–10-jähriger Bundesanleihen; Preisliche Wettbewerbsfähigkeit: gegenüber 36 Ländern auf Basis von Deflatoren für den Gesamtumsatz, Index: 1996 I = 100, steigende Werte bedeuten eine Verschlechterung der preislichen Wettbewerbsfähigkeit; Industrieproduktion im Ausland: in 45 Ländern, gewichtet mit Anteilen am deutschen Export, Veränderung gegenüber Vorquartal, Jahresrate. Rohölpreis: US-Dollar je Barrel North Sea Brent.

Quelle: EZB (lfd. Jgg.); Deutsche Bundesbank, *Monatsbericht* (lfd. Jgg.); IMF (lfd. Jgg.); eigene Berechnungen. Ab 2010 IV: Prognose des IfW.

Finanzpolitik: Strukturelles Budgetdefizit sinkt

Die Finanzpolitik wird im Jahr 2011 auf einen Konsolidierungskurs einschwenken (Tabelle 2). Der Bund erhöht Abgaben und kürzt Ausgaben, um den Anforderungen der Schuldenbremse gerecht zu werden (BMF 2010a, 2010b); das

Budgetdefizit des Staates insgesamt wird deshalb wohl um rund 9 Mrd. Euro geringer ausfallen, als es sonst der Fall wäre. Auch etliche Länder haben Maßnahmen beschlossen, um einem strukturell ausgeglichenen Budget näher zu kommen. Einige Länder werden die Grunderwerbsteuer erhöhen; sie sind infolge einer Grundgesetzänderung seit kurzem dazu berechtigt. Darüber hinaus werden viele Gemein-

Deutschland: Aufschwung verlangsamt sich – Schuldenkrise bleibt ein Risiko

Tabelle 2:

Finanzpolitische Impulse 2010 bis 2012

	2010	2011	2012
A. Maßnahmen bis zum September 2009			
Schrittweise Abschaffung der Eigenheimzulage	1,3	2,5	3,8
Befristete Einführung der degressiven Abschreibung auf bewegliche Wirtschaftsgüter	-2,4	-2,3	-0,5
Sonstige steuerpolitische Maßnahmen ^a	-0,8	-1,1	-0,9
Reduktion der Einkommensteuersätze	-2,7	-3,1	-3,1
Erhöhung der absetzbaren Kranken- und Pflegeversicherungsbeiträge	-8,3	-10,7	-10,8
Anhebung des Kindergeldes, Wegfall des „Kinderbonus“	1,9	2,0	2,0
Änderung des Beitragssatzes in der gesetzlichen Krankenversicherung	-2,4	-2,5	-2,7
Arbeitslosenversicherung	0,0	1,5	1,5
Förderung der Kurzarbeit (Erstattung von Sozialversicherungsbeiträgen)	0,1	1,3	1,6
Ausweitung der öffentlichen Investitionen	-5,5	-4,5	0,7
Gewährung der Abwrackprämie	3,4	4,2	4,2
Eingriffe in die Rentenformel ^b	-3,3	-5,0	-3,6
Sonstige Maßnahmen bei den Ausgaben	-0,2	-0,2	-0,2
Zusammen	-18,9	-17,9	-8,0
B. Maßnahmen im Rahmen des „Wachstumsbeschleunigungsgesetzes“			
Anhebung des Kindergeldes und des Kinderfreibetrags	-4,3	-4,5	-4,7
Reduktion der Unternehmenssteuern	-0,7	-2,3	-2,8
Sonstige steuerpolitische Maßnahmen	-1,1	-1,4	-1,5
Zusammen	-6,1	-8,2	-9,0
C. Konsolidierungsmaßnahmen des Bundes („Zukunftspaket“)			
Steuern ^d	-	4,6	4,5
Sonstige Einnahmen	-	0,8	0,9
Personalausgaben und Sachaufwendungen	-	1,7 ^e	2,7 ^e
Sozialleistungen	-	2,0 ^e	2,5 ^e
Zusammen	-	9,1	10,6
D. Endogen dämpfende Effekte und sonstige Maßnahmen			
Heimliche Einkommensteuererhöhung ^c	3,2	5,0	8,2
Reaktion der öffentlichen Investitionen	3,8	2,6	-1,6
Erhebung von Zusatzbeiträgen durch die gesetzliche Krankenversicherung	0,5	0,0	0,0
Anhebung des Beitragssatzes in der gesetzlichen Krankenversicherung	0,0	5,1	5,3
Kürzung der Ausgaben der gesetzlichen Krankenversicherung	-	2,0	2,1
Erhöhung des Regelsatzes des Arbeitslosengeldes II, Chipkarte für Kinder	0,0	-1,2	-1,2
Steuersenkung im Rahmen der Vereinfachung des Steuerrechts	-	-0,6	-0,6
Zusammen	7,5	12,9	12,2
E. Insgesamt (Saldo)			
Insgesamt	-17,5	-4,1	5,8
Insgesamt, im Verhältnis zum Bruttoinlandsprodukt	-0,7	-0,2	0,2
Insgesamt (Saldo), im Vergleich zum Vorjahr	-17,5	13,4	9,9
dito, im Verhältnis zum Bruttoinlandsprodukt	-0,7	0,5	0,4

Auswirkungen der Konjunkturpakete, der Reaktionen auf Urteile des Bundesverfassungsgerichts sowie sonstiger Maßnahmen auf den Budgetsaldo des Staates – gemessen an den Verhältnissen im Jahr 2009 – in der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen; Mrd. Euro. — ^aVor allem Begünstigung der Handwerkerleistungen. — ^bAusschließlich der Auswirkungen auf den Regelsatz des Arbeitslosengeldes II und vergleichbarer Sozialleistungen. — ^cNur Effekt auf das Lohnsteueraufkommen. — ^dEinführung einer Luftverkehrsabgabe und einer Steuer auf Brennelemente, Reduktion der Energiesteuer- und der Stromsteuervergünstigung für energieintensiv produzierende Unternehmen. — ^eEigene Schätzung.

Quelle: BMF (lfd. Jgg.); BMF (2010a, 2010b, BMF 2010c); eigene Berechnungen.

den ihre Haushalte konsolidieren und zu diesem Zweck vor allem Gebühren, aber auch die Grundsteuer anheben und neue Abgaben einführen. Mindereinnahmen in Höhe von 0,6 Mrd. Euro für Bund, Länder und Gemeinden zusammen sind hingegen zu erwarten, weil das Steuerrecht – beispielsweise durch eine Erhöhung der Werbungskostenpauschale für Einkünfte aus unselbständiger Arbeit – vereinfacht wird (BMF 2010c). Schließlich werden Konsolidierungsmaßnahmen in der gesetzlichen Krankenversicherung in Kraft treten. Insbesondere wird der Beitragssatz zu Beginn des Jahres 2011 um 0,6 Prozentpunkte auf 15,5 Prozent angehoben; dies soll die Einnahmen des Staates um 5,3 Mrd. Euro erhöhen. Die Kürzungen beispielsweise bei den Ausgaben für Arzneimittel sind demgegenüber gering. Insgesamt wird das strukturelle Budgetdefizit des Staates im Jahr

2011 im Verhältnis zum Bruttoinlandsprodukt wohl um rund 0,5 Prozentpunkte sinken.

Im Jahr 2012 dürfte der Konsolidierungskurs auf allen Ebenen – wenngleich wesentlich abgeschwächt – fortgesetzt werden. Das strukturelle Budgetdefizit des Staates wird wohl um 0,4 Prozentpunkte verringert werden.

Exkurs: Das „Zukunftspaket“ der Bundesregierung

Den grundgesetzlich geregelten Vorschriften der „Schuldenbremse“ will die Bundesregierung durch zahlreiche Maßnahmen gerecht werden (Tabelle 3). Diese sind, was das Jahr 2011 be-

Tabelle 3:

Das „Zukunftspaket“ – Geplante Auswirkungen auf den Budgetsaldo des Staates 2011–2014 (Mill. Euro)

	2011	2012	2013	2014
Anhebung der Einnahmen				
Einführung einer Luftverkehrssteuer	1 000	1 000	1 000	1 000
Einführung einer Kernbrennstoffsteuer	2 300	2 300	2 300	2 300
Einführung einer Finanzmarkttransaktionssteuer	0	2 000	2 000	2 000
Kürzung von Energie- und Stromsteuer- vergünstigungen	1 340	1 160	1 500	1 500
Verpflichtung der Deutsche Bahn AG zur Auszahlung einer Dividende	500	500	500	500
Änderung der Insolvenzordnung	345	385	385	385
Zusammen	5 485	7 345	7 685	7 685
Kürzung der Ausgaben				
Reduktion des Elterngeldes	155	155	155	155
Anrechnung des Elterngeldes auf Ansprüche auf Arbeitslosengeld II	500	500	490	460
Wegfall des befristeten Zuschlags beim Übergang zum Arbeitslosengeld II	210	210	210	200
Wegfall des Heizkostenzuschusses beim Wohngeld	140	260	260	260
Änderungen beim Arbeitslosengeld II und bei den Leistungen der Bundesagentur für Arbeit	2 000	4 000	6 500	8 000
Kürzung „disponibler“ Ausgaben	1 500	2 500	3 100	3 100
Kürzung der Verwaltungsausgaben	800	800	800	800
Kürzung der Militärausgaben	–	–	1 000	3 000
Sonstiges ^a	100	100	200	0
Zusammen	5 405	8 525	12 715	15 975
Einnahmenerhöhung und Ausgabenkürzung zusammen	10 890	15 870	20 400	23 660
darunter:				
Auswirkungen auf den Budgetsaldo der Länder und der Gemeinden	274	355	355	345

^aOhne eingesparte Zinsausgaben.

Quelle: BMF (lfd. Jgg.); BMF (2010a; 2010b); eigene Berechnungen.

trifft, zu je 50 Prozent Abgabenerhöhungen und Ausgabenkürzungen. Die Verwaltungsausgaben des Bundes und einzelne Sozialleistungen (z.B. das Elterngeld und der Zuschlag zum Arbeitslosengeld II nach Ablauf des Anspruchs auf Arbeitslosengeld) werden gekürzt. Auch bei den arbeitsmarktpolitisch motivierten Ausgaben sind Kürzungen geplant. Zudem werden die Steuereinnahmen des Bundes kräftig erhöht. Eine Luftverkehrssteuer und eine Steuer auf Brennelemente werden eingeführt, und die Energie- und Stromsteuervergünstigung für produzierende Unternehmen wird reduziert. Die Begünstigung energieintensiv produzierender Unternehmen wird allerdings weniger stark als zunächst geplant verringert, zur Kompensation der Mindereinnahmen dürfte die Tabaksteuer erhöht werden. Das mit dem „Zukunftspaket“ angestrebte Volumen der Konsolidierung wird im Jahr 2011 wohl in etwa erreicht werden.

Für die Jahre 2012 bis 2014 sind zusätzliche Maßnahmen beabsichtigt. So soll eine Finanzmarkttransaktionssteuer eingeführt werden. Insgesamt soll der Budgetsaldo des Staates in den Jahren 2012 bis 2014 – im Vergleich zum Jahr 2011 – um 5, 10 und 13 Mrd. Euro erhöht werden. Es ist unwahrscheinlich, dass diese Ziele erreicht werden. Die Maßnahmen wie z.B. die Eingriffe in die Leistungen bei Arbeitslosigkeit sind zu einem großen Teil nicht konkretisiert. Die Finanzmarkttransaktionssteuer wird wohl nicht eingeführt werden, weil andere Staaten diese Steuer nicht erheben wollen und ein Alleingang Deutschlands Nachteile im Standortwettbewerb brächte. Das „Zukunftspaket“ reicht unter diesen Umständen nicht aus, um den geforderten Rückgang der strukturellen Nettokreditaufnahme von 53,2 Mrd. Euro im Jahr 2010 auf 24,4 Mrd. Euro im Jahr 2014 zu gewährleisten und damit das Zwischenziel auf dem Weg zu einem strukturellen Defizit in Höhe von 10 Mrd. Euro im Jahr 2016 zu erreichen.

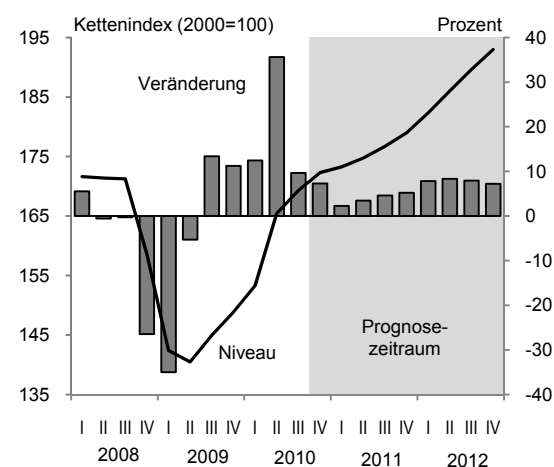
Nicht nur eine unzureichende Konsolidierung, sondern auch eine Besonderheit des Rechenverfahrens kann dazu führen, dass das mit der „Schuldenbremse“ angestrebte Ziel, das

Budgetdefizit zu begrenzen, verfehlt wird (Kasten 1).

Dämpfer für die Exporte

Der Außenhandel hat sich im Verlauf des Jahres spürbar erholt und die Verluste des Vorjahres wettgemacht. Im dritten Quartal hat sich seine Dynamik zwar verlangsamt. Dies spiegelt zum Teil die Abschwächung der Konjunktur sowohl in der Welt als auch im Inland wider. Mit einer laufenden Jahresrate von 9,6 Prozent expandierten die Exporte (Abbildung 12) jedoch ebenso wie die Importe mit einer Rate von 8 Prozent nach wie vor recht kräftig (Abbildung 13).

Abbildung 12:
Exporte 2008–2012



Quartalsdaten, preis-, kalender- und saisonbereinigt; Veränderung gegenüber dem Vorquartal, Jahresrate.

Quelle: Statistisches Bundesamt, *Fachserie 18, Reihe 1.3* (lfd. Jgg.); Prognose des IfW.

Im Vergleich zum Vorquartal hat sich die Expansion der Ausfuhren in nahezu alle Regionen verlangsamt. Besonders stark fiel die Verlangsamung der Ausfuhren in den asiatischen Raum aus, der in den Quartalen zuvor noch maßgeblich zur kräftigen Erholung beigetragen hatte (Abbildung 14). Aber auch die Ausfuhren nach

Kasten 1:

Der Einfluss von Ex-ante-Potentialschätzungen auf die Schuldenbremse

Seit dem Jahr 2009 ist die Schuldenbremse Teil der deutschen Finanzverfassung. Ihr zufolge soll das strukturelle Defizit des Bundes auf 0,35 Prozent in Relation zum Bruttoinlandsprodukt begrenzt werden. Ferner ist eine Konjunkturkomponente vorgesehen, so dass der Haushaltssaldo von dieser Größe je nach Konjunkturlage abweichen darf bzw. soll. Zur Bestimmung der Konjunkturkomponente wird im Bundesfinanzministerium laut Verordnung vom 9. Juni 2010 ein Trend-Zyklus-Modell verwendet, das auf der Kommissionsmethode basiert.^a Entspricht das Bruttoinlandsprodukt dem Potentialoutput, sind das Haushaltsdefizit und das strukturelle Defizit identisch. Weicht das Bruttoinlandsprodukt nach unten ab, ist konjunkturbedingt ein größeres Haushaltsdefizit als das strukturelle zulässig. Bei Abweichungen nach oben muss der Haushaltssaldo hingegen größer als -0,35 Prozent sein. Typischerweise sollen sich die Schwankungen über den Konjunkturzyklus ausgleichen, so dass bei konstantem strukturellem Defizit dieses gleich dem mittleren Haushaltsdefizit wäre.

Das Trend-Zyklus-Modell fließt in den Prozess der Haushaltsaufstellung ein. Im Herbst des Vorjahres werden Produktionspotential und Konjunktur für das darauf folgende Jahr geschätzt. Anhand von Budgetsensitivitäten wird der Einfluss der Konjunktur auf den Haushaltssaldo festgelegt. Die Konjunkturkomponente sowie die Vorgabe des strukturellen Defizits ergeben dann die maximal erlaubte Neuverschuldung. Beim Haushaltsabschluss wird die Konjunkturkomponente anhand der dann vom Statistischen Bundesamt festgestellten Entwicklung des Bruttoinlandsprodukts revidiert. Sollte das Bruttoinlandsprodukt niedriger ausfallen als bei der Haushaltsplanung angenommen, ist eine proportional höhere Neuverschuldung erlaubt. Es wird bei der Revision nämlich nicht die Potentialschätzung aus dem Vorjahr, sondern ausschließlich die Konjunkturkomponente verändert. Dieses „konditionale“ Vorgehen soll die Planungssicherheit erhöhen, schließlich müsste bei einer Revision des Potentials ständig das in den Berechnungen zugrunde gelegte strukturelle Defizit angepasst werden.^b

Die höhere Planungssicherheit geht allerdings mit der Komplikation einher, dass das Ziel einer mittleren Neuverschuldung nur dann sichergestellt werden kann, wenn sich die Fehler der Potentialschätzung im Konjunkturzyklus ausgleichen. Dies ist aber nicht auf jeden Fall gewährleistet. Vielmehr ist es so, dass verschiedene Trend-Zyklus-Zerlegungen zwar ex post eine Konjunkturkomponente ermitteln können, die sich über den Zyklus ausgleicht. Ex ante oder sogar bei Vorausschätzungen in das kommende Jahr kann es zu deutlichen Abweichungen kommen, wie das Beispiel in Tabelle K1-1 illustriert. Das Beispiel spielt die Regelungen der Schuldenbremse für den Konjunkturzyklus zwischen 2001 und 2008 durch. In der Tabelle werden die Pro-

Tabelle K1-1:
Regelungen zur Schuldenbremse im Rückblick

	Ex ante			Ex post		
	Bruttoinlandsprodukt ⁱ	Produktionslücke	Maximal erlaubter Saldo – Plan	Bruttoinlandsprodukt ⁱⁱ	Produktionslücke ⁱⁱⁱ	Maximal erlaubter Saldo – Abschluss
2001	2,8	-0,2	-0,40	0,6	-2,4	-0,95
2002	0,7	-1,5	-0,72	0,2	-2	-0,85
2003	1,4	-1,4	-0,70	-0,1	-2,9	-1,07
2004	1,6	-1,4	-0,70	1,6	-1,4	-0,70
2005	1,5	-1	-0,60	0,9	-1,6	-0,75
2006	1,2	-0,8	-0,55	2,7	0,7	-0,18
2007	1,2	-0,4	-0,45	2,5	0,9	-0,13
2008	2,1	0,6	-0,20	1,3	-0,2	-0,40
Mittel	-	-0,8	-0,54	-	-1,1	-0,63

Schätzungen der Produktionslücke ex ante sowie des Bruttoinlandsprodukts entstammen den jeweiligen Herbstprognose der Europäischen Kommission. — ⁱPrognose aus dem Vorjahr. — ⁱⁱDatenstand zu Jahresbeginn. — ⁱⁱⁱEntspricht Produktionslücke ex ante plus der Differenz von Bruttoinlandsprodukt ex post und ex ante.

Quelle: Europäische Kommission (lfd. Jgg.); eigene Berechnungen.

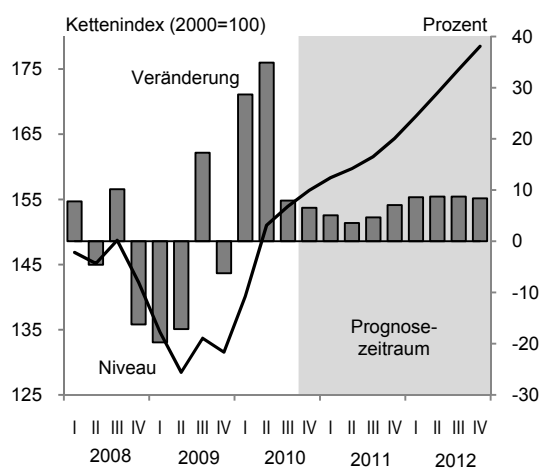
duktionslücken gemäß Schätzungen der Europäischen Kommission aus dem Herbst des Vorjahres sowie die Prognosen für das Bruttoinlandsprodukt gezeigt. Diese Prognosen sind die Datengrundlage bei der Haushaltsaufstellung. Ferner wird das Bruttoinlandsprodukt angegeben, wie es zum Zeitpunkt des Haushaltsabschlusses bekannt war. Die Differenz zwischen diesem Datenstand und der Prognose aus dem Vorjahr wird auf die damalige Schätzung der Produktionslücke aufgeschlagen und ergibt dann abschließend die erlaubte Neuverschuldung. Es zeigt sich, dass durch dieses Vorgehen

über den Zyklus der Jahre 2001 bis 2008 eine maximale Neuverschuldung von im Schnitt 0,63 Prozent in Relation zum Bruttoinlandsprodukt im Einklang mit den derzeit gültigen Regelungen zur Schuldenbremse gewesen wäre.

Die Abweichung von der eigentlichen Vorgabe von 0,35 Prozent basiert auf der Tatsache, dass sich die Fehler von Vorausschätzungen des Potentials über den Konjunkturzyklus nicht ausgleichen müssen. Finden also über eine längere Zeit Revisionen des Produktionspotentials in eine Richtung statt (Gern und Jannsen 2008), kann durch die Verwendung der Methode des Bundesfinanzministeriums trotz Einhaltung der daraus resultierenden Defizitvorgaben das tatsächliche mittlere Defizit von der Vorgabe im Grundgesetz merklich abweichen. Potentialrevisionen zum Haushaltsabschluss könnten das Problem mildern, aber nicht beseitigen, da Trend-Zyklus-Zerlegungen, wie die der Kommissionsmethode, noch über viele Jahre revidiert werden müssen. Auch aus diesem Grund war es geboten, ein relativ konservatives Ziel für das strukturelle Defizit von 0,35 Prozent festzulegen, um in Phasen, in denen das Potentialwachstum über längere Zeit nach unten revidiert werden muss, nicht in die Situation zu kommen, bei formaler Einhaltung der jetzt geltenden Regelungen den Schuldenstand zu erhöhen.

^aEinzelheiten des Trend-Zyklus-Modells finden sich in Denis et al. (2006). — ^bEine ausführliche Darstellung des Vorgehens des BMF findet sich in Kastrop und Snelting (2008).

Abbildung 13:
Importe 2008–2012

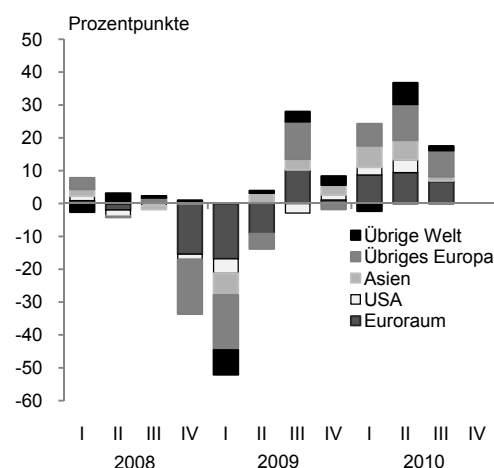


Quartalsdaten, preis-, kalender- und saisonbereinigt; Veränderung gegenüber dem Vorquartal, Jahresrate.

Quelle: Statistisches Bundesamt, *Fachserie 18, Reihe 1.3* (lfd. Jgg.); Prognose des IfW.

Russland wurden nur noch in deutlich geringem Tempo ausgeweitet, die Exporte in die Vereinigten Staaten stagnierten sogar nahezu, nachdem sie im zweiten Quartal noch mit einer laufenden Jahresrate von mehr als 70 Prozent gestiegen waren. Dagegen expandierten die Lieferungen in die Europäische Union weiterhin kräftig und waren die Triebfeder für die nach wie vor beträchtliche Ausweitung der Ausfuhren insgesamt.

Abbildung 14:
Wertmäßige Warenexporte nach Regionen 2008–2010



Quartalsdaten, saisonbereinigt; Jahresrate; Lundberg-Komponenten in Prozentpunkten.

Quelle: Deutsche Bundesbank, *Saisonbereinigte Wirtschaftszahlen* (lfd. Jgg.); eigene Berechnungen.

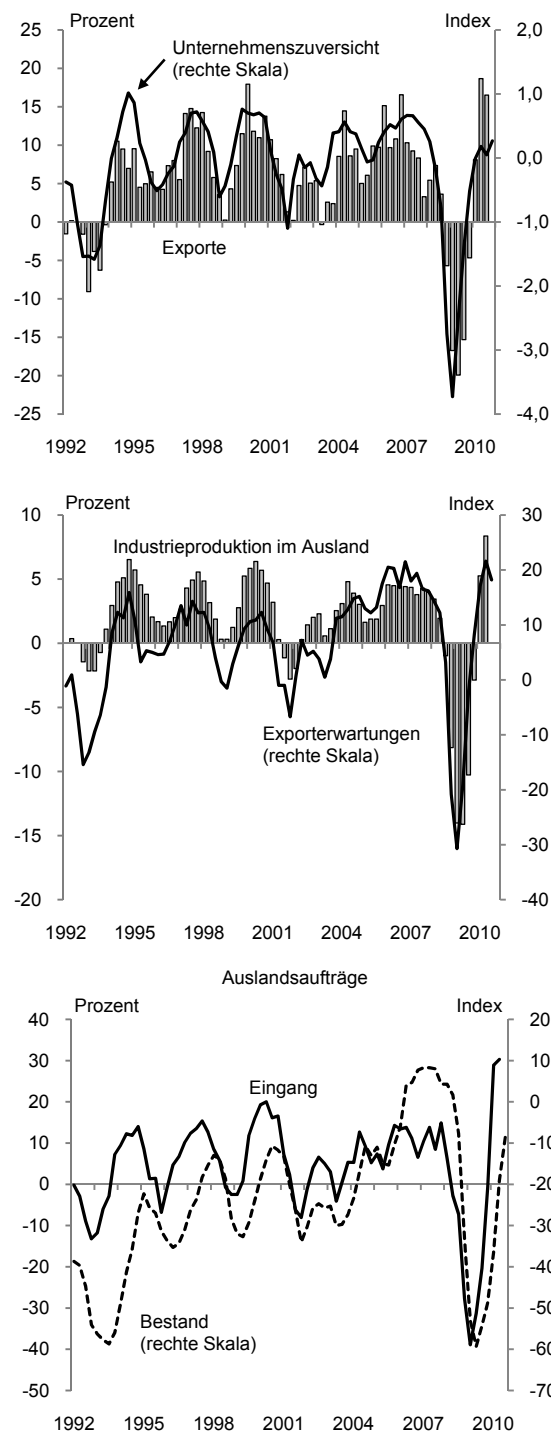
Im bisherigen Verlauf des Jahres wurde die Expansion der Ausfuhren wie auch im dritten Quartal von der weltweit hohen Nachfrage nach Investitionsgütern getragen. Gleichwohl schwächte sich der Zuwachs in diesem Bereich spürbar ab, auch weil die Nachholeffekte von während der Krise zunächst zurückgestellten Investitionen auslaufen. So nahm der Maschinenexport, der im Oktober sein Vorkrisenniveau nahezu wieder erreicht hatte, im dritten Quartal um rund 30 Prozent zu, nachdem er im zweiten

Quartal noch mit einer laufenden Jahresrate von mehr als 50 Prozent gestiegen war. Auch die Ausfuhrdynamik bei Kraftfahrzeugen und Vorleistungsgütern verlangsamte sich spürbar.

Für das vierte Quartal deuten die Frühindikatoren auf eine weitere Abschwächung der Exportzuwächse hin. So haben die ausländische Industrieproduktion, gewichtet nach den deutschen Exportanteilen, ebenso wie die Auftrags-eingänge aus dem Ausland schon seit Mitte des Jahres kaum noch expandiert. Auch die Export-erwartungen haben sich zuletzt abgeschwächt, wengleich sie sich nach wie vor auf einem recht hohen Niveau befinden (Abbildung 15). Alles in allem dürfte die Abschwächung der Exporte im vierten Quartal wohl nur gering ausfallen. So hat der von uns berechnete Frühindikator der Auslandskonjunktur zuletzt wieder etwas angezogen und das Auftragspolster der Exportunternehmen nimmt weiter zu.

Im weiteren Verlauf des Prognosezeitraums dürfte sich die Exportdynamik zunächst spürbar abschwächen, vor allem weil die Produktion in den Handelspartnerländern vorerst wohl nur leicht aufwärts gerichtet sein wird. So wird die konjunkturelle Entwicklung des übrigen Euro-raums vor dem Hintergrund der hohen Konso-lidierungsanstrengungen und der anhaltenden Unsicherheit aufgrund von Finanzierungs-problemen einzelner Mitgliedsstaaten wohl die Expansion der Ausfuhren dämpfen. Zwar haben die direkt von der Schuldenkrise betroffenen Länder eine zu geringe Bedeutung für die deut-schen Ausfuhren als das eine Produktionsab-schwächung dort zu einem Einbruch der gesam-ten Exporte führen könnte (Boss et al. 2010b: Kasten 1). Gleichwohl schätzen wir die konjunkturellen Aussichten für den Euroraum insgesamt nicht zuletzt aufgrund der abermaligen Verschärfung der Schuldenkrise in den ver-gangenen drei Monaten etwas schwächer ein. Auch wird sich die konjunkturelle Dynamik in den Schwellenländern zunächst verlangsamten. Mit dem Anziehen der ausländischen Produk-tion im späteren Verlauf des kommenden Jah-res dürfte sich der Anstieg der Ausfuhren wie-der bis ins Jahr 2012 hinein deutlich beschleu-nigen.

Abbildung 15:
Exportindikatoren 1992–2010



Quartalsdaten; Exporte, Industrieproduktion, Auftrags-eingang: preis-bereinigt, Veränderung gegenüber dem Vorjahr; Auftragsbestand: preisbereinigt; Unternehmenszuversicht, Industrieproduktion: in 41 Ländern, gewichtet mit Anteilen am deutschen Export.

Quelle: Deutsche Bundesbank, *Saisonbereinigte Wirtschaftszahlen* (lfd. Jgg.); Thomson Financial Datastream; ifo, *Konjunkturperspek-tiven* (lfd. Jgg.); eigene Berechnungen.

Im Jahresdurchschnitt werden die Ausfuhren im Jahr 2010 wohl um 14,8 Prozent zulegen. Nach einem Anstieg von 6,4 Prozent im Jahr 2011, dürfte die Zunahme der Exporte, trotz der kräftigen Beschleunigung im Verlauf, im Jahresdurchschnitt 2012 ähnlich ausfallen.

Die Ausweitung der Importe im dritten Quartal ist vor allem auf die anhaltend hohe Nachfrage nach ausländischen Investitionsgütern zurückzuführen. Zwar verlangsamte sich besonders die Ausweitung der Einfuhren von Maschinen beträchtlich. Die Nachfrage nach ausländischen Kraftfahrzeugen stieg jedoch im dritten Quartal in ähnlich hohem Tempo wie im zweiten Quartal. Nachdem im Winter 2009 die Einfuhren von Kraftfahrzeugen infolge des Auslaufens der Abwrackprämie noch geschrumpft waren, scheinen diese Effekte die Nachfrage nun nicht mehr zu belasten. Die geringere Exportdynamik und der verlangsamte Produktionsanstieg in Deutschland im dritten Quartal spiegeln sich in einem deutlich geringeren Anstieg der Einfuhren von Vorleistungsgütern wider. Nachdem diese im zweiten Quartal noch mit einer laufenden Jahresrate von mehr als 75 Prozent gestiegen waren, legten sie im dritten Quartal nur um rund 15 Prozent zu. Im Prognosezeitraum dürfte sich der Anstieg der Importe zunächst verlangsamen, da neben den Exporten wohl auch die Binnennachfrage eine etwas langsamere Gangart einschlagen wird. In der Folge dürften die Importe im Jahr 2011 um 6,9 Prozent zulegen, nachdem sie im Jahr 2010 wohl noch um 14,2 Prozent steigen. Im Jahr 2012 dürfte die Nachfrage nach Importgütern mit der anziehenden Konjunktur im Verlauf wieder etwas lebhafter werden; im Jahresdurchschnitt ergibt sich für die Importe ein Anstieg um 7,0 Prozent.

Vor diesem Hintergrund wird der Außenhandel im laufenden Jahr mit 0,9 Prozentpunkten einen spürbaren Beitrag zum Zuwachs des Bruttoinlandsprodukts leisten. Im weiteren Verlauf des Prognosezeitraums nimmt der Wachstumsbeitrag jedoch spürbar ab und wird sowohl im Jahr 2011 als auch im Jahr 2012 nahe Null liegen.

Nach dem kräftigen Anstieg im ersten Halbjahr legten die Importpreise im dritten Quartal

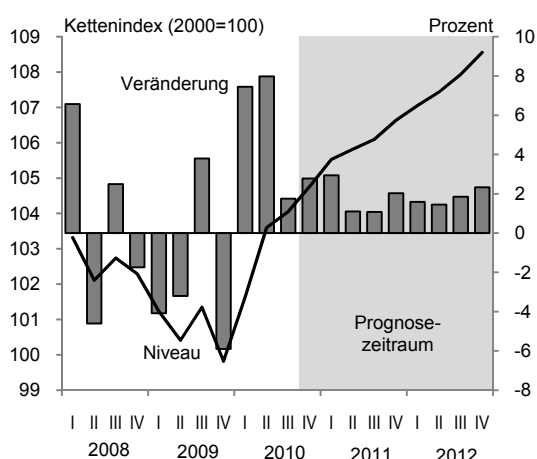
mit einer laufenden Jahresrate von 4,3 Prozent abermals spürbar zu. Preistreibend wirkt nach wie vor die Verteuerung von Energieträgern. Auch dürfte die in der ersten Hälfte des Jahres weltweite rege Handelstätigkeit viele ausländische Anbieter dazu ermutigt haben, Preisnachlässe, die sie während der Krise gegeben hatten, zumindest teilweise wieder rückgängig zu machen. Für den Prognosezeitraum erwarten wir, dass die Importpreise zunächst leicht zurückgehen und sich danach kaum noch verändern werden. Nach einem Anstieg von 4,8 Prozent im laufenden Jahr, dürften die Importpreise 2011, auch aufgrund eines hohen Überhangs aus dem Jahr 2010, im Jahresdurchschnitt mit 0,8 Prozent zulegen. Für das Jahr 2012 erwarten wir einen leichten Rückgang.

Die Exportpreise legten im dritten Quartal mit einer laufenden Jahresrate von 6,4 Prozent etwas stärker zu als die Importpreise. Auch die deutschen Exporteure nutzen offenbar verstärkt die hohe Nachfrage dazu, um während der Krise gewährte Preisnachlässe durch Preiserhöhungen zumindest teilweise wieder auszugleichen. Für das vierte Quartal deuten die Frühindikatoren zunächst auf eine weitere Erhöhung der Exportpreise hin, die aber deutlich schwächer ausfallen wird als im dritten Quartal. Im weiteren Verlauf des Prognosezeitraums dürften sie dann in der Tendenz leicht zurückgehen. Für das Jahr 2010 rechnen wir mit einer Erhöhung um 2,5 Prozent. Im Jahr 2011 dürfte der Anstieg der Exportpreise auch aufgrund eines hohen Überhangs bei 0,8 Prozent liegen. Im darauffolgenden Jahr werden die Exportpreise wohl leicht zurückgehen. Die Terms of Trade werden sich im laufenden Jahr vor allem aufgrund der Entwicklung in der ersten Jahreshälfte deutlich verschlechtern. In den kommenden beiden Jahren dürften sie etwa konstant bleiben.

Binnennachfrage in robuster Verfassung

Die heimischen Nachfragekomponenten bilden in diesem Jahr die maßgebliche Stütze der deutschen Konjunktur. Nach einem Zuwachs der Inlandsnachfrage um annualisiert 3,4 Prozent in den ersten neun Monaten ist der zurückliegende Einbruch überwunden und das Vorkrisenniveau wird nunmehr deutlich überschritten. Für das Gesamtjahr erwarten wir einen Anstieg um 2,9 Prozent – dies ist der zweithöchste Wert seit der Wiedervereinigung. Damit kommen drei Viertel der produktionswirksamen Nachfrageimpulse aus dem Inland. In den kommenden beiden Jahren schwächen sich die Zuwachsraten zwar auf 2,4 und 1,4 Prozent ab, das Bild einer maßgeblich von der Binnennachfrage getragenen gesamtwirtschaftlichen Expansion verstärkt sich indes noch (Abbildung 16). Die Dynamik der heimischen Verwendung dominieren im laufenden Jahr die Investitionen, in den beiden Folgejahren tragen die investive und die konsumtive Verwendung in etwa zu gleichen Teilen die Expansion der Inlandsnachfrage.

Abbildung 16:
Letzte inländische Verwendung 2008–2012

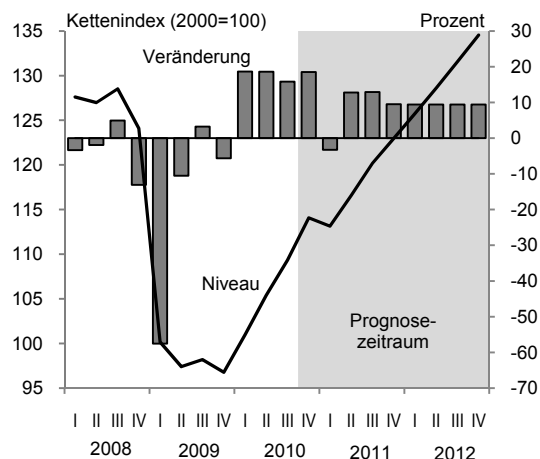


Quartalsdaten, preis-, kalender- und saisonbereinigt; Veränderung gegenüber dem Vorquartal, Jahresrate.

Quelle: Statistisches Bundesamt, *Fachserie 18, Reihe 1.3* (Iff. Jgg.); Prognose des IfW.

Trotz der im bisherigen Jahresverlauf kräftigen Zuwächse bei den *Investitionen in Ausrüstungen* sind bislang nur knapp 40 Prozent des krisenbedingten Einbruchs aufgeholt worden (Abbildung 17). Das Vorkrisenniveau dürfte erst

Abbildung 17:
Ausrüstungsinvestitionen 2008–2012



Quartalsdaten, preis-, kalender- und saisonbereinigt; Veränderung gegenüber dem Vorquartal, Jahresrate.

Quelle: Statistisches Bundesamt, *Fachserie 18, Reihe 1.3* (Iff. Jgg.); Prognose des IfW.

in der ersten Hälfte des Jahres 2012 wieder erreicht werden. Im Verlauf des Prognosezeitraums schwächen sich zwar die Zuwachsraten im Vergleich zum laufenden Jahr etwas ab, mit jährlichen Zuwachsraten von gut 9 Prozent bleibt die Expansion jedoch kräftig. Die Investitionstätigkeit wird zunächst etwas weniger dynamisch ausfallen. Hierauf deutet auch die Entwicklung der inländischen Auftragseingänge bei den Investitionsgüterproduzenten hin. Die sehr kräftigen Zuwachsraten aus der ersten Jahreshälfte haben sich im dritten Quartal deutlich abgeschwächt, im November zogen sie aber wieder kräftig an. Auch die Einfuhren von Investitionsgütern entwickelten sich zuletzt nicht mehr ganz so kräftig wie noch in der ersten Jahreshälfte. Zu Beginn des kommenden Jahres dürfte die insgesamt aufwärtsgerichtete Entwicklung nur dadurch kurzzeitig unterbrochen werden, dass aufgrund der Abschaffung der degressiven Abschreibungsregelung einige Investitionsvorhaben in das laufende

Jahr vorgezogen werden.¹ Gestützt wird die Expansion der Ausrüstungsinvestitionen hingegen von einem für die Unternehmensfinanzierung ausgesprochen günstigen monetären Umfeld. So sind große Unternehmenskredite (Volumen von mehr als einer Million Euro) derzeit zu historisch niedrigen Zinssätzen zwischen 2,4 Prozent (Zinsbindung bis ein Jahr) und 3,5 Prozent (Zinsbindung über 5 Jahre) verfügbar. Für kleinere Kreditvolumina belaufen sich die Zinsen zwischen 3,4 Prozent (kurze Zinsbindung) und 4,4 Prozent (mittlere Zinsbindung von 1 bis 5 Jahren). Kleinkredite mit längerer Zinsbindung sind mit einem Satz von 3,7 Prozent ebenfalls besonders günstig. Dass die Investitionstätigkeit vor diesem Hintergrund nicht noch stärker angeregt wird, liegt an einer sich nur allmählich normalisierenden Kapazitätsauslastung. So ist die industrielle Normalauslastung noch nicht wieder erreicht und der Aufholprozess hat sich zuletzt deutlich verlangsamt.

Insgesamt erwarten wir nach einem Zuwachs von 10,3 Prozent in diesem Jahr einen Anstieg der Investitionen in Ausrüstungen um 9,4 und 9,2 Prozent in den beiden Folgejahren (Tabelle 4).

Tabelle 4:
Anlageinvestitionen 2009–2012

	2009	2010	2011	2012
Anlageinvestitionen	-10,1	6,6	5,2	4,5
Unternehmensinvestitionen	-15,5	7,6	6,9	6,7
Ausrüstungen	-22,6	10,3	9,4	9,2
Wirtschaftsbau	-4,5	2,2	1,5	1,0
Sonstige Anlagen	5,6	6,4	6,4	6,5
Wohnungsbau	-1,2	5,4	3,0	2,1
Öffentlicher Bau	5,0	3,2	0,3	-3,3
<i>Nachrichtlich:</i>				
Bauinvestitionen	-1,5	4,2	2,2	1,1

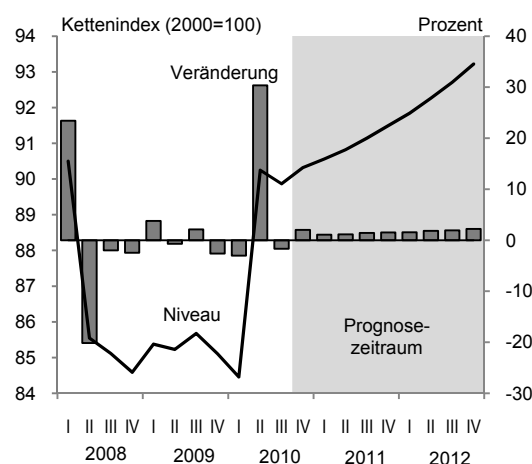
Preisbereinigt. Veränderung gegenüber dem Vorjahr in Prozent.

Quelle: Statistisches Bundesamt, *Fachserie 18, Reihe 1.2* (lfd. Jgg.); 2010 bis 2012: Prognose des IfW.

Die *Bauinvestitionen* expandieren in diesem Jahr mit gut 4 Prozent recht kräftig (Abbildung 18). Hierzu trägt neben den Maßnahmen aus

den „Konjunkturpaketen“ vor allem der private Wohnungsbau bei. Im kommenden Jahr belastet das Auslaufen der staatlichen Stützungsprogramme die Baukonjunktur. Die Bautätigkeit für die privaten Haushalte dürfte weiter zulegen, während im Wirtschaftsbau ein ähnlicher Zuwachs zu erwarten ist wie in diesem Jahr. Im Ergebnis reduziert sich die Expansionsrate der Bauinvestitionen deutlich auf 2,2 Prozent (2011) und 1,1 Prozent (2012), wobei in beiden Jahren ein negativer Arbeitstageffekt belastend wirkt (kalenderbereinigt ergeben sich Zuwachsraten von 2,6 und 1,7 Prozent). Die zu erwartende langsamere Gangart bei der Bautätigkeit spiegelt sich auch in den Unternehmensbefragungen wider. So steht sowohl in der jüngsten DIHK-Konjunkturbefragung als auch beim ifo-Konjunkturtest einer derzeit günstigen Lageeinschätzung eine Eintrübung der Geschäftsaussichten der Bauunternehmen für das nächste Jahr gegenüber.

Abbildung 18:
Bauinvestitionen 2008–2012



Quartalsdaten, preis-, kalender- und saisonbereinigt; Veränderung gegenüber dem Vorquartal, Jahresrate.

Quelle: Statistisches Bundesamt, *Fachserie 18, Reihe 1.3* (lfd. Jgg.); Prognose des IfW.

Bei den Wohnungsbauinvestitionen zeichnet sich eine weiterhin auf Expansion gerichtete Entwicklung ab, auch wenn die hohen Zuwachsraten aus der ersten Hälfte des laufenden Jahres im Prognosezeitraum nicht erreicht werden dürften. Die Auftragseingänge haben

¹ Siehe hierzu auch Boss et al. (2010: 67).

ihren Aufwärtstrend, der zur Jahreswende 2008/2009 einsetzte, fortgesetzt. Im Bauhauptgewerbe lag der Auftragsbestand für Wohnbauten zuletzt fast 20 Prozent über dem Vorjahresniveau. Begünstigt wird die Nachfrage neben deutlich verbesserten Beschäftigungs- und Einkommensaussichten der privaten Haushalte durch ein sehr günstiges monetäres Umfeld. Im Oktober sank der von der Deutschen Bundesbank berechnete Effektivzins für Hypothekenkredite auf ein historisch niedriges Niveau von 3,6 Prozent. Zudem war der Anstieg der Wohnungsmieten ab der Mitte des Jahres 2008 zwei Jahre lang stärker als die allgemeine Teuerung. Dieser begünstigende Effekt ist im dritten Quartal jedoch ausgelaufen. Auch wenn Bestandsmaßnahmen weiterhin den mit Abstand größten Teil der Wohnungsbauinvestitionen ausmachen dürften, so zeichnet sich auch bei den Baugenehmigungen eine leichte Belebung ab. Deren Tiefpunkt, der im Jahr 2008 erreicht wurde, scheint nunmehr deutlich überwunden zu sein.

Insgesamt erwarten wir für die Wohnungsbauinvestitionen nach einem Plus von 5,4 Prozent in diesem Jahr im weiteren Prognosezeitraum einen Anstieg um 3 Prozent (2011) und 2,1 Prozent (2012). Der Schrumpfungsprozess der zurückliegenden Dekade, in der die Wohnungsbauinvestitionen um durchschnittlich 2,1 Prozent pro Jahr gesunken waren, setzt sich somit nicht fort.

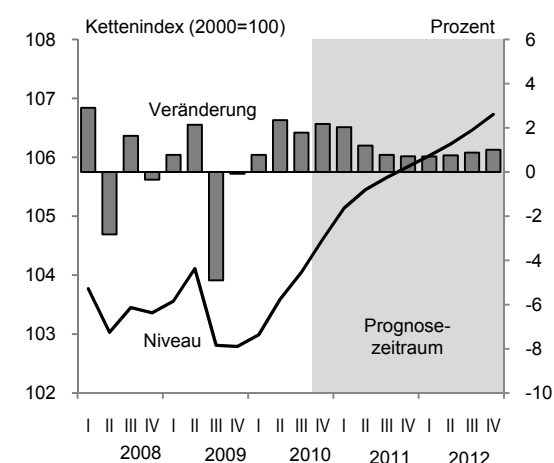
Der Wirtschaftsbau dürfte im Zuge der Belebung der übrigen Unternehmensinvestitionen weiterhin positive Impulse erhalten. Allerdings ist mit keiner allzu lebhaften Entwicklung zu rechnen. Der Auftragseingang ist zwar in der Tendenz weiterhin leicht aufwärts gerichtet, zuletzt war jedoch ein empfindlicher Einbruch zu verzeichnen. Auch die ifo-Architektenumfrage weist für den Wirtschaftsbau auf eine eher verhaltene Expansion hin. Für das laufende Jahr rechnen wir noch mit einem Zuwachs um 2,2 Prozent. Dieser wird im weiteren Prognosezeitraum auf 1,5 und 1 Prozent für die Jahre 2011 und 2012 nachgeben.

Die öffentlichen Bauinvestitionen sind im Jahr 2010 deutlich gestiegen. Sie dürften auch im Jahr 2011 von den Konjunkturpaketen pro-

fitieren. Allerdings deutet die Auftragsvergabe in den vergangenen Monaten darauf hin, dass die Bauinvestitionen des Staates im Prognosezeitraum zunächst rückläufig sein werden. Erst im zweiten Halbjahr 2012 dürften die Bauinvestitionen wieder steigen, weil sich dann die Finanzlage insbesondere der Gemeinden deutlich verbessert haben wird. Im Durchschnitt des Jahres 2012 dürften die Bauinvestitionen des Staates allerdings sinken, und zwar um 3,3 Prozent.

Die Belebung der *privaten Konsumnachfrage*, die im Frühjahr eingesetzt hat, dürfte zunächst noch anhalten (Abbildung 19). Bereits

Abbildung 19:
Private Konsumausgaben 2008–2012



Quartalsdaten, preis-, kalender- und saisonbereinigt; Veränderung gegenüber dem Vorquartal, Jahresrate.

Quelle: Statistisches Bundesamt, *Fachserie 18, Reihe 1.3* (Iff. Jgg.); Prognose des IfW.

zur Mitte des kommenden Jahres schwächt sich die Konsumdynamik indes schon wieder spürbar ab. Maßgeblich für die Dynamik der privaten Konsumnachfrage ist die Entwicklung der real verfügbaren Einkommen der privaten Haushalte; diese legen im laufenden Jahr um 0,9 Prozent zu, in den Folgejahren dürften es 1,5 Prozent (2011) und 0,6 Prozent (2012) sein. Demgegenüber bleibt die Sparquote nach einem leichten Anstieg auf 11,4 Prozent in diesem Jahr im weiteren Prognosezeitraum nahezu unverändert. Hier schlägt sich auch der steigende private Wohnungsbau als Investitionstätigkeit

der privaten Haushalte nieder, die einer erhöhten Ersparnis entspricht.

In diesem Jahr sind die Nettolöhne mit einem nominalen Zuwachs von 4,1 Prozent die am kräftigsten wachsende Einkommenskomponente, gefolgt von den Gewinn- und Vermögenseinkommen (1,6 Prozent) und den monetären Sozialleistungen (1,5 Prozent). Außer von einer erhöhten steuerlichen Absetzbarkeit für Vorsorgeaufwendungen profitieren die Arbeits-einkommen insbesondere von einer kräftigen Erholung der nachgefragten Arbeitsleistung – der Anstieg des Arbeitsvolumens um 3,1 Prozent kompensiert fast die Einbußen aus dem Vorjahr – und in geringerem Umfang von einem Anstieg der effektiven Stundenlöhne um 0,2 Prozent.

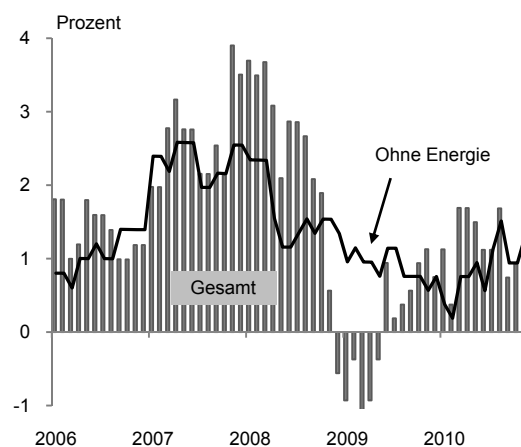
Im weiteren Verlauf des Prognosezeitraums entwickeln sich die Vermögens- und Gewinneinkommen mit Zuwächsen von 6,3 Prozent (2011) und 3,7 Prozent (2012) kräftiger als die anderen Einkommensquellen der privaten Haushalte. Die monetären Sozialleistungen legen nach einer Nullrunde in 2011 im darauffolgenden Jahr nur um 1 Prozent zu. Bei den Arbeitseinkommen kommt der Mengeneffekt nach einem Zuwachs des Arbeitsvolumens um 1,8 (2011) im Folgejahr zum Erliegen, dafür ziehen jedoch die effektiven Stundenlöhne nach einem Zuwachs von 0,2 Prozent (2011) mit 2,9 Prozent im Jahr 2012 kräftig an. Von dem sich daraus ergebenden Anstieg der Bruttolöhne von 2,1 Prozent (2011) und 2,9 Prozent (2012) verbleibt den privaten Haushalten ein Nettozuwachs von 1,9 bzw. 2,5 Prozent.

Für das laufende Jahr ist angesichts eines statistischen Unterhangs von 0,5 Prozentpunkten gleichwohl nur mit einem Zuwachs um 0,5 Prozent zu rechnen. Für das nächste Jahr erwarten wir mit einem Plus von 1,7 Prozent den kräftigsten Zuwachs seit zehn Jahren. Im Jahr 2012 halbiert sich diese Rate, so dass dann mit einer Rate von 0,8 Prozent ein Zuwachs erreicht wird, der etwa dem durchschnittlichen Wert der Vorkrisendekade entspricht.

Verbraucherpreisanstieg beschleunigt sich leicht

Der Verbraucherpreise sind in den vergangenen beiden Monaten wieder etwas stärker gestiegen, nachdem sich der Anstieg im September deutlich abgeschwächt hatte. Im Sechsenmonatsvergleich legten die Preise im November mit einer laufenden Jahresrate von 1,3 Prozent zu (Abbildung 20). Die Inflationsrate lag bei 1,5 Prozent. Der Preisindex ohne Energieträger zog zuletzt auch leicht an. Der Preisauftrieb ist hauptsächlich auf die Teuerungen von Nahrungsmitteln zurückzuführen. So waren die Preise im November um 6,4 Prozent höher als ein Jahr zuvor. Zudem beschleunigte sich der Preisanstieg von Bekleidung und Schuhen zuletzt merklich.

Abbildung 20:
Verbraucherpreise 2006–2010



Monatsdaten, saisonbereinigt; Veränderung in den vergangenen sechs Monaten; Jahresrate.

Quelle: Deutsche Bundesbank, *Saisonbereinigte Wirtschaftszahlen* (lfd. Jgg.); eigene Berechnungen.

Im Prognosezeitraum dürfte sich der Verbraucherpreisanstieg etwas beschleunigen. Zum einen dürfte sich der Preisauftrieb wohl vonseiten der Nahrungsmittelpreise aufgrund von Missernten in wichtigen Anbauländern erhöhen. Zum anderen werden die deutlich gestiegenen Importpreise wohl zunehmend an die Verbraucher weitergegeben. Der Anstieg der Einfuhrpreise dürfte allerdings nur temporärer

Natur sein; die Kerninflationen in bedeutenden Handelspartnerländern werden im Prognosezeitraum eher mäßig und in einigen Fällen sogar negativ ausfallen. Im weiteren Verlauf des Prognosezeitraums sind von außenwirtschaftlicher Seite keine nennenswerten preistreibenden Impulse mehr zu erwarten.

Von binnenwirtschaftlicher Seite wird der Preisauftrieb im Prognosezeitraum leicht stärker. Zwar werden die Lohnstückkosten in diesem und im kommenden Jahr wohl etwas sinken. Die Unternehmen dürften jedoch damit beginnen, den deutlichen Anstieg der Lohnstückkosten im vergangenen Jahr mehr und mehr auf die Verbraucher zu überwälzen. Im Jahr 2012 dürften die Lohnstückkosten insbesondere durch höhere Lohnabschlüsse etwas stärker zunehmen. Die Unternehmen werden ihre Preissetzungsspielräume durch die verbesserte Absatzlage und die aufgehellten Geschäftserwartungen wohl nutzen. Des Weiteren wirken steigende Abgaben der Gemeinden, die sich aufgrund ihrer defizitären Haushaltslage zu einer Verbesserung der Einnahmeseite gezwungen sehen, sowie die Einführung einer Luftverkehrsabgabe, die wohl größtenteils auf die Verbraucher überwälzt werden dürfte, preistreibend. Alles in allem rechnen wir mit einem

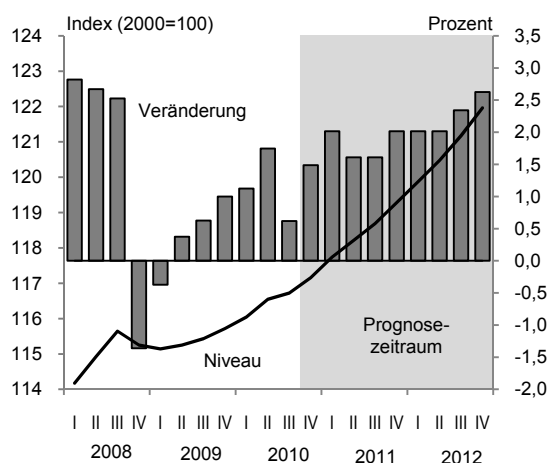
Verbraucherpreisanstieg von 1,1 Prozent in diesem Jahr und 1,6 Prozent im kommenden Jahr. Im Jahr 2012 dürfte sich die Inflationsrate vor dem Hintergrund der steigenden Kapazitätsauslastung nochmals leicht erhöhen (Abbildung 21); im Jahresdurchschnitt dürfte sie dann 2,0 Prozent betragen.

Beschäftigung erreicht Rekordniveau

Der Aufschwung am Arbeitsmarkt hat sich fortgesetzt. Die Zahl der Erwerbstätigen lag nach kräftigen Anstiegen im zweiten und dritten Quartal zuletzt knapp 200 000 Personen über dem Vorkrisenniveau² (Abbildung 22) und erreichte mit 40,5 Mill. einen neuen Höchststand. Auch die Zahl der Arbeitnehmer und die der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten überschreiten mittlerweile ihre Vorkrisenwerte. Das gesamtwirtschaftliche Arbeitsvolumen hat sich sehr schnell von der Rezession erholt und im dritten Quartal sein Vorkrisenniveau erreicht (Abbildung 23).

Die Zahl der Kurzarbeiter ist weiter rückläufig (Abbildung 24). Im Mai waren insgesamt 498 000 Arbeitnehmer in Kurzarbeit. Nach Hochrechnungen der Bundesagentur für Arbeit setzte sich der Rückgang der Zahl der Personen, die konjunkturelles Kurzarbeitergeld in Anspruch nehmen, seitdem fort und dürfte im September nur noch bei 220 000 gelegen haben.³

Abbildung 21:
Verbraucherpreise 2008–2012



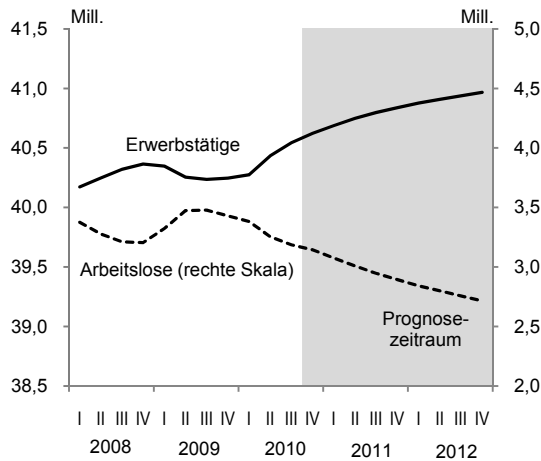
Quartalsdaten, saisonbereinigt; Veränderung gegenüber dem Vorquartal, Jahresrate.

Quelle: Statistisches Bundesamt, *Fachserie 18, Reihe 1.3* (lfd. Jgg.); Prognose des IfW.

² Nachdem das Statistische Bundesamt die Zahlen zur Erwerbstätigkeit kräftig nach oben revidiert hatte, wurde das Vorkrisenniveau bereits im zweiten Quartal dieses Jahres überschritten.

³ Die hochgerechneten, vorläufigen Daten zu den Personen, die konjunkturelles Kurzarbeitergeld beziehen, eignen sich als Indikator für den Verlauf aller Kurzarbeiter, da der Anteil der konjunkturellen Kurzarbeiter an allen Kurzarbeitern seit Beginn der Krise bei ungefähr 90 Prozent liegt. Neben der konjunkturellen Kurzarbeit gibt es Saison-Kurzarbeit und Transfer-Kurzarbeit.

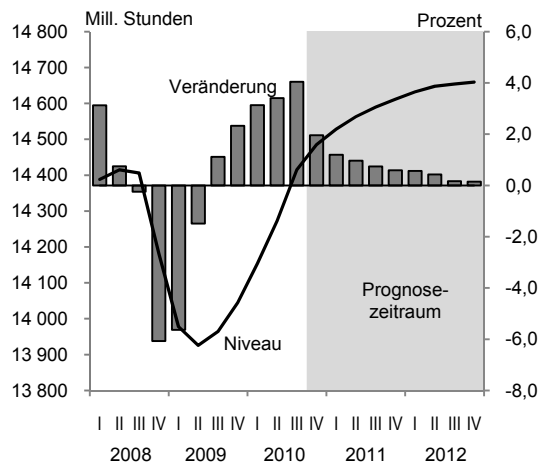
Abbildung 22:
Arbeitsmarkt 2008–2012



Quartalsdaten, saisonbereinigt.

Quelle: Statistisches Bundesamt, *Fachserie 18, Reihe 1.3* (lfd. Jgg.); Bundesagentur für Arbeit, *Monatsbericht* (lfd. Jgg.), Prognose des IfW.

Abbildung 23:
Arbeitsvolumen 2008–2012

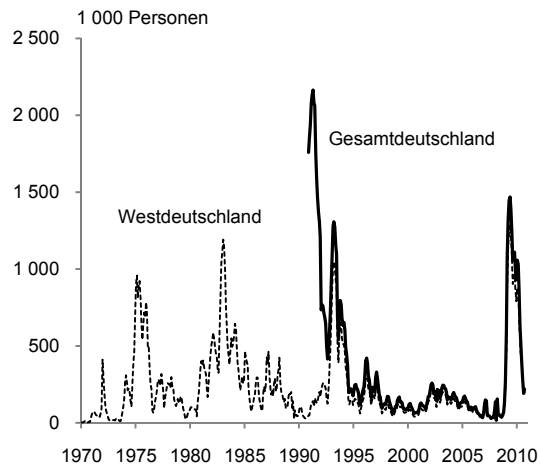


Quartalsdaten, kalender- und saisonbereinigt; Veränderung gegenüber dem Vorquartal, Jahresrate.

Quelle: Statistisches Bundesamt, *Fachserie 18, Reihe 1.3*; Prognose des IfW.

Die Arbeitslosigkeit geht ebenfalls zurück. Im November waren knapp 3,14 Mill. Personen arbeitslos gemeldet (Quote: 7,5 Prozent). Das Vorkrisenniveau wird damit unterschritten. Hierbei ist allerdings die Neuausrichtung der arbeitsmarktpolitischen Instrumente der Bundesagentur für Arbeit zu berücksichtigen, in deren Folge die registrierte Arbeitslosigkeit seit Mai

Abbildung 24:
Kurzarbeiter 1970–2010



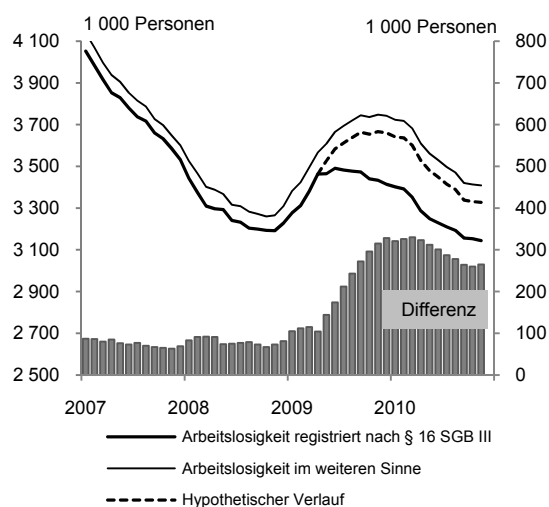
Monatsdaten; bis Dezember 2008 Daten auf Basis von Betriebsmeldungen (bisheriges Erhebungsverfahren); ab Januar 2009 auf Basis von Abrechnungslisten (neues Erhebungsverfahren); ab Juni 2010 vorläufig und hochgerechnet (nur konjunkturelle Kurzarbeit).

Quelle: Bundesagentur für Arbeit, *Monatsbericht* (lfd. Jgg.), Bundesagentur für Arbeit, *Zeitreihe zu Kurzarbeiter Deutschland* (lfd. Jgg.), Bundesagentur für Arbeit, *Arbeitsmarkt in Zahlen, Kurzarbeit – aktuelle Daten* (lfd. Jgg.).

2009 aufgrund der geänderten Zählweise niedriger ausfällt (Abbildung 25). Nach Herausrechnung dieses Sondereffekts liegt die Zahl der Arbeitslosen bei 3,33 Mill. (Quote: 7,9 Prozent) und somit noch über dem Vorkrisenniveau. Der Rückgang der Arbeitslosenzahl hat sich zuletzt etwas abgeschwächt.

Infolge des konjunkturellen Einbruchs hat sich der Tariflohnanstieg bis zuletzt deutlich verlangsamt. Zwar profitieren die Arbeitnehmer von den im Vergleich zur konjunkturellen Lage hohen Tarifierhebungen, die im vergangenen Jahr für dieses Jahr vereinbart worden waren, jedoch fielen die diesjährigen Tarifabschlüsse deutlich geringer aus, und es wurden vermehrt Pauschalzahlungen vereinbart. Am aktuellen Rand werden von den Gewerkschaften aufgrund der positiven konjunkturellen Entwicklung vermehrt deutliche tabellenwirksame Erhöhungen gefordert. Vor diesem Hintergrund erwarten wir einen Anstieg der Tarifverdienste auf Stundenbasis von 2,0 Prozent im nächsten Jahr, nach 1,8 Prozent in diesem (Abbildung 26). Die Bruttolöhne und -gehälter je Arbeitnehmerstunde dürften in diesem Jahr aufgrund der stark gestiegenen Arbeitszeit um 0,2 Prozent

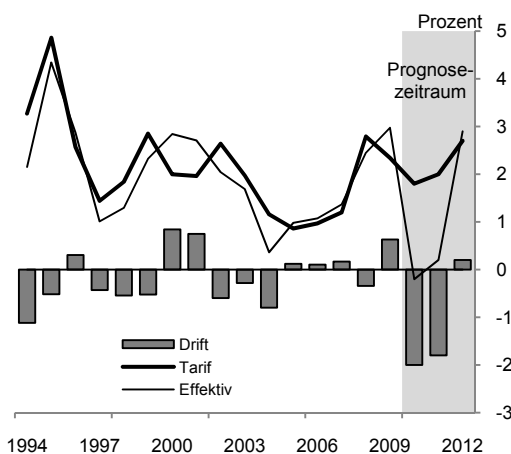
Abbildung 25:
Arbeitslosigkeit 2007–2010



Monatsdaten, saisonbereinigt. Hypothetischer Verlauf: Arbeitslosigkeit im weiteren Sinne abzgl. durchschnittliche Differenz vor Umstellung der Statistik. Differenz: Arbeitslosigkeit im weiteren Sinne abzüglich Arbeitslosigkeit registriert nach § 16 SGB III.

Quelle: Bundesagentur für Arbeit, *Monatsbericht* (lfd. Jgg.); eigene Berechnungen.

Abbildung 26:
Stundenlöhne 1994–2012



Jahresdaten; Veränderung gegenüber dem Vorjahr. Effektiv: Löhne und Gehälter je Arbeitnehmerstunde.

Quelle: Deutsche Bundesbank, *Monatsbericht* (lfd. Jgg.); Statistisches Bundesamt, *Fachserie 18, Reihe 1.2* (lfd. Jgg.); Prognosen des IfW.

abnehmen. Dieser dämpfende Effekt vonseiten der Arbeitszeit wird in den kommenden Quartalen auslaufen, wodurch die effektiven Stundenlöhne im Verlauf des Jahres 2011 in Reaktion auf die konjunkturelle Erholung steigen werden. Aufgrund des statistischen Unterhangs und der zunächst schwachen Entwicklung der Stundenlöhne zum Jahreswechsel 2010/2011 ergibt sich für den Jahresdurchschnitt 2011 ein Anstieg von lediglich 0,2 Prozent. Im Verlauf des Jahres 2012 wird sich die beschleunigte Zunahme der Effektivverdienste wohl fortsetzen. Aufgrund des beträchtlichen Überhangs dürfte die Zuwachsrate 2,9 Prozent betragen. Die Stundenlohndrift dürfte sich im Jahr 2012 nach außergewöhnlich hohen negativen Raten in den Jahren 2010 und 2011 normalisieren und leicht positiv sein. Die Tariflöhne dürften mit 2,7 Prozent demnach etwas weniger stark steigen als die Effektivlöhne.

Die positive Tendenz am Arbeitsmarkt dürfte sich im Prognosezeitraum fortsetzen. Das Arbeitsvolumen und die Erwerbstätigkeit werden weiter steigen, jedoch nicht mehr in dem hohen Tempo der vergangenen Quartale. Im Durchschnitt dürften nächstes Jahr 40,8 Mill. Personen erwerbstätig sein (Tabelle 5). Das sind 300 000 Personen mehr als in diesem Jahr, wobei die Hälfte auf einen statistischen Überhang zurückzuführen ist. Im Jahr 2012 wird die Zahl der Erwerbstätigen wohl bei 40,9 Mill. liegen. Die Zahl der Arbeitslosen sinkt weiter. Für das nächste Jahr erwarten wir im Durchschnitt knapp 3,0 Mill. Arbeitslose (Quote: 7,1 Prozent). Im Jahr 2012 dürften es 2,8 Mill. sein (Quote: 6,6 Prozent). Hierbei ist berücksichtigt, dass das Erwerbspersonenpotential ab dem kommenden Jahr durch den Wegfall der Beschränkung der Freizügigkeit der Arbeitskräfte aus acht der zehn Beitrittsländer aus Mittel- und Osteuropa weniger stark sinkt als zuvor.

Tabelle 5:
Arbeitsmarkt 2008–2012 (1 000 Personen)

	2008	2009	2010	2011	2012
Geleistete Arbeitsstunden der Erwerbstätigen (Inland, Mill. Std.)	57 448	55 983	57 566	58 484	58 395
Erwerbstätige (Inland)	40 276	40 271	40 479	40 764	40 927
Selbständige	4 433	4 409	4 430	4 436	4 444
Arbeitnehmer (Inland)	35 843	35 862	36 050	36 328	36 483
Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte	27 527	27 488	27 775	28 111	28 274
Ausschließlich geringfügig Beschäftigte	4 865	4 906	4 869	4 864	4 864
Pendlersaldo	61	100	114	109	104
Erwerbstätige (Inländer)	40 216	40 171	40 365	40 655	40 823
Arbeitnehmer (Inländer)	35 783	35 762	35 936	36 219	36 379
Registrierte Arbeitslose	3 268	3 423	3 252	2 984	2 778
Arbeitslosenquote (Prozent)	7,8	8,2	7,7	7,1	6,6
Erwerbslosenquote (Prozent)	7,2	7,4	6,7	5,8	5,3

Selbständige: einschließlich mithelfender Familienangehöriger; Arbeitslosenquote: Abgrenzung der Bundesagentur für Arbeit; Erwerbslosenquote: standardisiert nach dem ILO-Konzept.

Quelle: Statistisches Bundesamt, *Fachserie 18, Reihe 1.2*; Bundesagentur für Arbeit, *Monatsbericht* (lfd. Jgg.); Bundesagentur für Arbeit, *Beschäftigungsstatistik* (lfd. Jgg.); eigene Berechnungen; 2010 bis 2012: Prognose des IfW.

Budgetdefizit des Staates 2011 unter der 3-Prozent-Marke

Der Anstieg der Ausgaben des Staates wird sich im Jahr 2011 – bereinigt um den Erlös aus der Versteigerung der Mobilfunkfrequenzen⁴ – wohl auf 1,1 Prozent abschwächen (Tabelle 6). So werden die Aufwendungen für Löhne, für Vorleistungen und für soziale Sachleistungen verlangsamt expandieren. Die Investitionen dürften auch abgeschwächt ausgeweitet werden, die monetären Sozialleistungen angesichts der sich weiter bessernden Arbeitsmarktlage und einzelner Einsparmaßnahmen sogar etwas sinken.⁵ Die gesamten Ausgaben des Staates werden sich im Verhältnis zum Bruttoinlandsprodukt im Jahr 2011 wohl auf 45,4 Prozent belaufen, nach 46,3 Prozent im Jahr 2010. Im Jahr 2012 dürften die Ausgaben um 2,1 Prozent

⁴ Die Bundesnetzagentur hat im Mai 2010 Mobilfunkfrequenzen versteigert und dabei 4,4 Mrd. Euro Erlöst. In den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen werden Verkäufe nichtfinanzieller Vermögensgegenstände ausgabenmindernd verbucht.

⁵ Dabei ist bedeutsam, dass der Bund ab dem Jahr 2011 Rentenversicherungsbeiträge zugunsten der Empfänger des Arbeitslosengeldes II nicht mehr zahlen wird (Boss et al. 2010a: 73).

und damit leicht beschleunigt ausgeweitet werden; die Einsparmaßnahmen werden wohl deutlich geringer als im Jahr 2011 ausfallen. Im Verhältnis zum Bruttoinlandsprodukt dürften die Staatsausgaben im Jahr 2012 45,1 Prozent betragen.

Die Einnahmen des Staates werden im Jahr 2011 wohl beschleunigt expandieren. Das Steueraufkommen wird konjunkturbedingt und wegen der Steuererhöhungen um 2,3 Prozent steigen. Das Beitragsaufkommen dürfte auch um 2,3 Prozent zunehmen. Zum einen wird die Lohnsumme, die wesentliche Bemessungsgrundlage des Beitragsaufkommens, weiter steigen. Zum anderen wird sich die Belastung durch Sozialversicherungsbeiträge zum Jahresbeginn 2011 erhöhen, weil der Beitragssatz zur Arbeitslosenversicherung von 2,8 auf 3 Prozent und der in der gesetzlichen Krankenversicherung von 14,9 auf 15,5 Prozent angehoben werden; allerdings wird die Insolvenzgeldumlage, durch die das Insolvenzgeld finanziert wird, im Jahr 2011 nicht erhoben.⁶ Im Jahr 2012 werden

⁶ Dies mindert das Beitragsaufkommen um fast 3 Mrd. Euro. Die Umlage war für das Jahr 2010 auf 0,41 Prozent des maßgeblichen Arbeitsentgelts festgesetzt worden (2009: 0,1 Prozent). Die Ausgaben für Insolvenzgeld waren aber deutlich geringer als geplant. Mit den überschüssigen Mitteln werden die

Tabelle 6:

Einnahmen und Ausgaben des Staates 2009–2012 (Mrd. Euro)

	2009	2010	2011	2012
Steuern	564,5	564,1	576,8	598,4
Sozialbeiträge	409,9	420,7	430,5	441,5
Sonstige Einnahmen	91,7	90,8	91,5	94,7
Einnahmen	1 066,0	1 075,6	1 098,8	1 134,6
Arbeitnehmerentgelt	177,6	182,5	185,8	190,0
Vorleistungen	111,3	114,9	117,7	120,0
Soziale Sachleistungen	196,6	204,5	209,5	217,5
Bruttoinvestitionen	39,3	40,6	41,0	40,6
Geleistete Vermögenseinkommen	62,2	60,9	65,5	70,6
Monetäre Sozialleistungen	443,5	450,2	449,8	453,8
Subventionen	31,5	32,4	31,5	31,4
Sonstige laufende Übertragungen	45,2	46,2	48,2	50,7
Vermögensübertragungen	32,8	30,8	27,2	26,5
Sonstige Ausgaben	-1,3	-5,8	-1,5	-1,5
Ausgaben	1 138,7	1 157,3	1 174,7	1 199,6
Finanzierungssaldo	-72,7	-81,7	-75,9	-65,0
Einnahmen der Gebietskörperschaften ohne Transfers von der Sozialversicherung	676,8	676,6	691,1	716,5
Transfers der Sozialversicherung an die Gebietskörperschaften	4,9	5,2	4,6	4,4
Einnahmen der Gebietskörperschaften	681,7	681,8	695,7	720,9
Ausgaben der Gebietskörperschaften ohne Transfers an die Sozialversicherung	636,8	646,6	660,1	674,6
Transfers an die Sozialversicherung	104,2	119,9	113,6	113,2
Ausgaben der Gebietskörperschaften	741,1	766,5	773,7	787,8
Finanzierungssaldo der Gebietskörperschaften	-59,3	-84,7	-78,0	-66,9
Einnahmen der Sozialversicherung ohne Transfers von den Gebietskörperschaften	389,3	399,0	407,7	418,1
Einnahmen der Sozialversicherung	493,5	518,9	521,3	531,3
Ausgaben der Sozialversicherung ohne Transfers an die Gebietskörperschaften	501,9	510,6	514,6	525,0
Ausgaben der Sozialversicherung	506,8	515,8	519,2	529,4
Finanzierungssaldo der Sozialversicherung	-13,3	3,1	2,1	1,9

Abweichungen der Summen rundungsbedingt.

Quelle: Statistisches Bundesamt, interne Arbeitsunterlage; eigene Berechnungen; 2010 bis 2012: Prognose des IfW.

die gesamten Einnahmen des Staates wohl um 3,3 Prozent steigen.

Das Budgetdefizit des Staates in der Abgrenzung der VGR dürfte im Jahr 2011 infolge der Abgabenerhöhungen und der Einsparmaßnahmen sowie der insgesamt günstigen wirtschaftlichen Entwicklung um rund 6 Mrd. Euro sinken. Im Verhältnis zum Bruttoinlandsprodukt wird es dann wohl 2,9 Prozent betragen, nach 3,0 Prozent im Jahr 2010 (Tabelle 7). Im Jahr 2012 dürfte es auf 2,4 Prozent sinken.

Das Budgetdefizit könnte in beiden Jahren aus zwei Gründen geringer als hier prognostiziert

Ausgaben für Insolvenzgeld im Jahr 2011 bestritten (Bundesrat 2010).

ausfallen. Der Bund macht im Zusammenhang mit der verspäteten Einführung der streckenbezogenen Lkw-Maut Forderungen gegen das Toll-Collect-Konsortium und deren Konsorten Daimler Financial Services AG und Deutsche Telekom AG in Höhe von rund 6,7 Mrd. Euro (inklusive Zinsen) geltend. Er verlangt Schadensersatz (entgangene Maut-Einnahmen) und fordert (aufgrund von Verletzungen des Maut-Betreibervertrags) Vertragsstrafen ein. Ob und gegebenenfalls in welchem Ausmaß der Bund seine Ansprüche gegen das beklagte Konsortium bzw. die beklagten Konsorten durchsetzen kann, hängt vom weiteren Verlauf des schiedsgerichtlichen Verfahrens ab.

Tabelle 7:
Ausgaben, Einnahmen und Budgetsaldo des Staates 2002–2012

	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011	2012
Ausgaben	48,1	48,5	47,1	46,8	45,3	43,6	43,8	47,5	46,3 ^a	45,4	45,1
Einnahmen	44,4	44,5	43,3	43,5	43,7	43,8	43,9	44,5	43,0	42,5	42,6
Steuern	22,8	22,8	22,2	22,5	23,3	24,2	24,3	24,0	23,0	22,7	22,9
Sozialbeiträge	18,2	18,3	17,9	17,7	17,2	16,5	16,4	17,1	16,8	16,6	16,6
Sonstige Einnahmen	3,4	3,4	3,2	3,3	3,2	3,2	3,2	3,4	3,2	3,2	3,1
Budgetsaldo	-3,7	-4,0	-3,8	-3,3	-1,6	0,3	0,1	-3,0	-3,3	-2,9	-2,4

Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen, in Relation zum Bruttoinlandsprodukt; Steuern einschließlich der Erbschaftsteuer und der der Europäischen Union zustehenden Steuern, sonstige Einnahmen ausschließlich Erbschaftsteuer und nach Abzug der EU-Steuern. Abweichungen der Summen rundungsbedingt. — ^aDie Erlöse aus der Versteigerung der Mobilfunkfrequenzen (4,4 Mrd. Euro) sind als negative Ausgaben berücksichtigt.

Quelle: Statistisches Bundesamt, *Fachserie 18, Reihe 1.4* (lfd. Jgg.); Statistisches Bundesamt, *Fachserie 18, Reihe 1.5* (lfd. Jgg.); Statistisches Bundesamt (2010); Statistisches Bundesamt, interne Arbeitsunterlage; eigene Berechnungen; 2010 bis 2012: Prognose des IfW.

Eine Zahlung im Prognosezeitraum ist möglich. Die Einnahme des Bundes könnte eine Größenordnung haben, die jene des Erlöses aus der Versteigerung der Mobilfunkfrequenzen (4,4 Mrd. Euro) übersteigt. Zudem könnten im Jahr 2011 aufgrund einer Vereinbarung mit der Schweiz sowie eines neuen Doppelbesteuerungsabkommens mit der Schweiz mehrere Milliarden Euro in die Staatskasse fließen. Anfang 2011 sollen Verhandlungen über eine Erweiterung der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit im Steuerbereich aufgenommen werden. Es geht um eine „Regularisierung unversteuerter Altgelder“ (pauschalierte Lösung für „Altfälle“) und um eine (anonyme) Abgeltungssteuer für Dividenden und Veräußerungsgewinne.

Die Einrichtung zweier Sondervermögen wird dagegen das Budgetdefizit nicht nennenswert beeinflussen. Ein Sondervermögen „Energie- und Klimafonds“ soll nicht nur Teile des Aufkommens der Kernbrennstoffsteuer erhalten, sondern auch die Sonderbeiträge, die Betreiber der Kernkraftwerke als Preis für die Verlängerung der Laufzeiten der Kernkraftwerke (um 8 bis 14 Jahre) zahlen müssen. Zudem sollen diesem Fonds ab dem Jahr 2013 die Erlöse zufließen, die aus der Versteigerung der Emissionszertifikate resultieren. Der Fonds soll seine Einnahmen einsetzen für den Umbau des Energiesystems hin zu erneuerbaren Energien und für die Reduktion der Emissionen im Verkehrs- und Wohnungssektor. Insbesondere

sollen die Forschung und die Gebäudesanierung gefördert werden. Zudem sind Ausgaben für nationale und internationale Klimaschutzmaßnahmen vorgesehen. Einnahmen aus Sonderbeiträgen und korrespondierende Ausgaben des Fonds sind in der Prognose nicht enthalten. Sie dürften sich ähneln, so dass der Budgetsaldo des Staates einschließlich des Fonds nicht nennenswert anders ausfällt als der des Staates ohne „Energie- und Klimafonds“. Auch ein „Restrukturierungsfonds“ soll im Jahr 2011 errichtet werden. Gemäß dem „Restrukturierungsgesetz“ müssen alle Kreditinstitute eine Abgabe zahlen. Sie soll sich nach dem systemischen Risiko bemessen. Die Mittel sollen gespart und zur Finanzierung künftiger Restrukturierungs- und Abwicklungsmaßnahmen bei systemrelevanten Banken dienen. Je Jahr soll die Bankenabgabe ein Aufkommen in Höhe von annähernd 1 Mrd. Euro bringen. Der Budgetsaldo wird dadurch wenig verändert.⁷

Die Finanzlage der Sozialversicherung wird sich im Jahr 2011 infolge der weiter rückläufigen Arbeitslosigkeit entspannen. Auch werden einzelne Sozialleistungen der Bundesagentur für Arbeit gekürzt. Allerdings wird der Zuschuss des Bundes kräftig reduziert. Insgesamt dürfte das Budget der Sozialversicherung einen gerin-

⁷ Es ist noch nicht entschieden, ob die Einnahmen des Fonds als Einnahmen des Staates in der Abgrenzung der VGR eingeordnet werden.

gen Überschuss aufweisen. Auch im Jahr 2012 wird dies wohl der Fall sein.

Die Bundesagentur für Arbeit wird im Jahr 2011 trotz steigender Lohnsumme und trotz des erhöhten Beitragssatzes die – konjunkturbedingt rückläufigen – Ausgaben nicht decken können; sie wird nämlich – anders als im Jahr 2010 – einen zusätzlichen Zuschuss des Bundes

nicht erhalten. Der Bund wird ein Darlehen in Höhe von reichlich 4 Mrd. Euro gewähren müssen, wenn ein Defizit bei der Bundesagentur für Arbeit nicht entstehen soll (Tabelle 8). Auch im Jahr 2012 wird die Bundesagentur ein Darlehen benötigen, wenn die im „Zukunftspaket“ enthaltenen Kürzungen der Ausgaben nicht realisiert werden.

Tabelle 8:

Einnahmen und Ausgaben der Bundesagentur für Arbeit 2009–2012 (Mrd. Euro)

	2009	2010	2011	2012
Beiträge	22,05	22,61	24,74	25,43
Zuschuss des Bundes	7,78	13,19	8,04	8,22
Verwaltungskostenerstattung SGB II	2,57	2,75	2,78	2,82
Umlage für das Insolvenzgeld	0,71	2,92	0,00	0,60
Erträge aus der Rücklage	0,40	0,01	0,00	0,00
Sonstige Einnahmen	0,74	0,77	0,77	0,77
Einnahmen	34,25	42,25	36,33	37,84
Eingliederungstitel	3,63	2,92	2,88	2,90
Kurzarbeitergeld	2,98	1,71	0,40	0,30
Erstattete Beiträge	1,60	1,38	0,30	0,10
Arbeitslosengeld	17,29	16,60	15,00	14,95
Insolvenzgeld	1,62	0,78	0,66	0,50
Erstattung von Eingliederungs- und Verwaltungsausgaben des Bundes	4,87	5,20	4,60	4,40
Verwaltungsausgaben	6,83	7,07	7,23	7,37
Sonstige Ausgaben	9,24	9,52	9,43	9,37
Ausgaben	48,06	45,18	40,50	40,01
Saldo	-13,81	-2,93	-4,17	-2,17
<i>Nachrichtlich:</i>				
Empfänger von Arbeitslosengeld (1 000)	1 141	1 023	902	878
Rücklage der Bundesagentur am Jahresende	2,93	0,00	0,00	0,00

Empfänger von Arbeitslosengeld ausschließlich Empfänger von Arbeitslosengeld bei beruflicher Weiterbildung.

Quelle: Bundesagentur für Arbeit, *Einnahmen und Ausgaben der BA* (lfd. Jgg.); eigene Berechnungen; 2010 bis 2012: Prognose des IfW.

Die öffentliche Verschuldung ist kräftig gestiegen und erreicht Ende 2010 mit 2 085 Mrd. Euro ein Rekordniveau; im Verhältnis zum Bruttoinlandsprodukt sind dies 83,4 Prozent. Zum Anstieg der Schulden trägt bei, dass sich Baden-Württemberg an dem Energieversorgungsunternehmen EnBW beteiligt. Wichtiger ist, dass im Juli 2009 „Bad Bank“- und Konsolidierungsmodelle geschaffen wurden, mit denen abschreibungsgefährdete Finanzaktiva oder Risikopositionen und einzelne Geschäftsbereiche in staatlich abgesicherte Gesellschaften ausgelagert werden können. So hat die HRE „Risikopapiere“ ausgelagert und dafür Forde-

rungen erhalten, denen Verpflichtungen der Bad Bank gegenüberstehen.⁸ Auch die WestLB wird wohl Forderungen auslagern, mit der Folge, dass deren Bad Bank Verpflichtungen ausweisen wird. Diese Verpflichtungen werden als öffentliche Schulden betrachtet, denen allerdings Forderungen gegenüberstehen. Diese werden aber wohl zu beträchtlichen Teilen abgeschrieben werden müssen.⁹

⁸ Es wird mit 191 Mrd. Euro gerechnet. Dies sind im Verhältnis zum Bruttoinlandsprodukt 7,6 Prozent.

⁹ Hinzu kommen für die öffentlichen Haushalte beträchtliche Risiken infolge der umfangreichen

Der im Mai 2010 geschaffene „Europäische Stabilisierungsmechanismus“ ermöglicht an Bedingungen (insbesondere Konsolidierungsauflagen) geknüpfte Kredite. Er besteht aus zwei Elementen. Die EU ist bereit, Kredite in Höhe von maximal 60 Mrd. Euro zu gewähren. Griechenland hat inzwischen Kredite erhalten; Deutschland wird Griechenland Kredite in Höhe von insgesamt 22 1/2 Mrd. Euro gewähren. Darüber hinaus soll eine neue Zweckgesellschaft bis Ende Juni 2013 Kredite an Euro-Länder mit Zahlungsschwierigkeiten vergeben dürfen; deren Verschuldung wird durch Garantien von EWU-Staaten in Höhe von 440 Mrd. Euro abgesichert. Irland wird Anfang 2011 die erste Tranche eines Kredits erhalten. Deutschland wird Irland im Prognosezeitraum wohl Kredite in Höhe mehrerer Milliarden Euro gewähren.

Ausblick: Inlandsnachfrage trägt die konjunkturelle Expansion

Die deutsche Wirtschaft ist fundamental in einer guten Verfassung, insbesondere im Vergleich mit anderen Industrieländern. Die internationale Wettbewerbsfähigkeit ist hoch, und die Unternehmen sind gerade in den stark expandierenden Volkswirtschaften Asiens erfolgreich, so dass der Dämpfer für die Exporte, der sich durch die relativ moderate Konjunktur in vielen Industrieländern und durch die Einbußen bei den Lieferungen in die europäischen Länder mit einer Schuldenkrise ergibt, weitgehend ausgeglichen werden kann. So hat sich auch in diesem Jahr – wie schon tendenziell in den Vorjahren – der Weltmarktanteil Deutschlands erhöht. Daneben hat sich der Arbeitsmarkt im Verlauf der Großen Rezession als ungewöhnlich robust erwiesen, bedingt vor allem durch die Arbeitsmarktreformen. Von daher sind auch die Voraussetzungen gut, dass die Inlandskonjunktur durch die privaten Konsum-

Garantien des Bundes (SoFFin) und der Länder zugunsten der Finanzinstitute.

ausgaben gestützt wird. Ferner hat sich die Gewinnsituation vieler Unternehmen nach dem Konjunkturunbruch deutlich verbessert; zusammen mit den günstigen Finanzierungsbedingungen lässt dies ein deutliches Anziehen der Investitionstätigkeit erwarten. Alles in allem spricht vieles dafür, dass sich der Aufschwung fortsetzt.

Allerdings bestehen erhebliche Risiken. So kann das Ende der Weltfinanzkrise noch nicht ausgerufen werden, wie die Zuspitzung der Situation in mehreren europäischen Ländern zeigt. Nach der ersten Welle der Finanzkrise, ausgelöst durch die Überschuldung der privaten Haushalte und der Unternehmen, ist nun die zweite Welle der Krise durch die hohe Staatsverschuldung ausgelöst worden. Zwar scheint Deutschland zunächst nicht direkt betroffen zu sein, zumal das Budgetdefizit vergleichsweise niedrig ist und seine Rückführung eingeleitet ist. Aber die Banken sind auch hierzulande noch nicht ausreichend rekapitalisiert, so dass hohe Abschreibungen, die sich infolge der Solvenzprobleme einzelner Staaten ergeben könnten, das System empfindlich treffen würden. Auch besteht nach wie vor das Risiko, dass die Rettungsversuche, die auf europäischer Ebene gemacht wurden, letztlich doch nicht verhindern werden, dass ein Staat den Schuldendienst einstellt. Die Folgen eines solchen Scheiterns sind schwer abzuschätzen. Sollte es wegen des Eintretens oder auch nur wegen der Erwartung eines solchen Falles durch die Marktteilnehmer zu erneuten massiven Verspannungen an den Finanzmärkten kommen, wäre auch der Aufschwung in Deutschland gefährdet.

Ferner können die negativen Wirkungen auf die Konjunktur, die sich als Folge der Sparmaßnahmen in hochverschuldeten Ländern ergeben, größer ausfallen als hier unterstellt, etwa weil weitere Länder ihren Kurs korrigieren müssen. So wird auch in den Vereinigten Staaten früher oder später eine deutliche Verringerung des Budgetdefizits notwendig sein, soll das Vertrauen in die Nachhaltigkeit der öffentlichen Finanzen nicht erschüttert werden. Schließlich besteht das Risiko, dass durch die expansive Geldpolitik der amerikanischen Notenbank Übertreibungen an wichtigen Märkten ausge-

löst werden, die – wenn sie abrupt korrigiert werden – ebenfalls zu einem konjunkturellen Rückschlag führen können. Einen Dämpfer würde es ebenfalls geben, sollte der Dollar gegenüber dem Euro massiv abwerten.

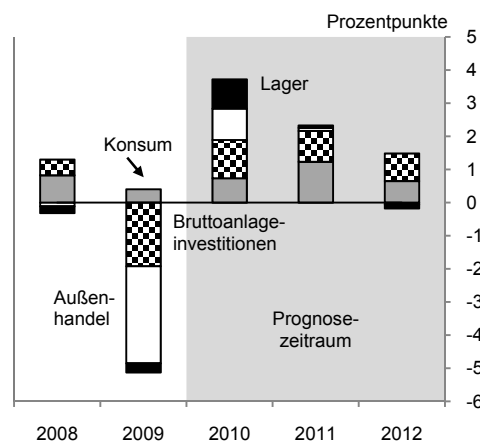
Zwar erwarten wir in unserem Basisszenario, dass sich der Aufschwung in Deutschland fortsetzt. Aber die Wahrscheinlichkeit, dass eines der Risiken eintritt und den Konjunkturverlauf erheblich beeinträchtigt, ist unseres Erachtens deutlich größer als in normalen Zeiten.

Die Konjunktur könnte indes auch besser verlaufen als von uns prognostiziert, wenn etwa die nach wie vor extrem niedrigen Zinsen die Nachfrage stärker als erwartet anregen. Dies wäre der Fall, wenn sich die Lage an den Geldmärkten zügig entspannte und sich deshalb der Transmissionsmechanismus der Geldpolitik rascher als unterstellt normalisierte. Mittelfristig ergäben sich dann allerdings Risiken für die Preisniveaustabilität – es sei denn, es gelingt den Notenbanken, die Liquidität schnell genug zurückzuführen.

Das Muster der konjunkturellen Expansion in Deutschland wird in nächster Zeit ein anderes sein als in den vergangenen Jahren. Wie schon bei früheren Prognosen beschrieben, ist damit zu rechnen, dass die Inlandsnachfrage einen größeren Wachstumsbeitrag leistet, während der Beitrag des Außenhandels zum Anstieg des Bruttoinlandsprodukts zurückgeht (Abbildung 27); so wird die Einfuhr im Prognosezeitraum tendenziell schneller steigen als die Ausfuhr. Die Exportdynamik dürfte in nächster Zeit nachlassen; die Expansion in den meisten Handelspartnerländern hat sich bereits verlangsamt, und in den Problemländern des Euroraums dürfte die Importnachfrage eine Zeitlang ausgesprochen schwach ausfallen. Auch wird die deutsche Wirtschaft anders als in den Vorjahren nicht mehr an preislicher Wettbewerbsfähigkeit gewinnen, sondern sogar tendenziell Einbußen hinnehmen müssen. Vor allem wegen der relativ guten Verfassung des Arbeitsmarktes wird sich der Anstieg der Lohnkosten verstärken, während im übrigen Euroraum die Tendenz umgekehrt sein dürfte. Für eine relativ starke Inlandsnachfrage sprechen vor allem die monetären Rahmenbedingungen, die – wieder-

rum im Vergleich zum übrigen Euroraum – sehr günstig sind. So sind die Kapitalmarktzinsen trotz des Anstiegs in jüngster Zeit immer noch sehr niedrig. Vor allem wirkt die Geldpolitik der EZB in Deutschland expansiver, denn der Leitzins ist gemessen an den konjunkturellen Aussichten und an den Preisperspektiven eher zu niedrig.

Abbildung 27:
Verwendungsseitige Wachstumsbeiträge 2008–2012



Preisbereinigte Jahresdaten (Lundberg-Komponenten).

Quelle: Statistisches Bundesamt, *Fachserie 18, Reihe 1.2* (lfd. Jgg.); eigene Berechnungen; 2010 und 2011: Prognose des IfW.

Für das Jahr 2011 ist zu erwarten, dass die konjunkturelle Expansion sich zunächst abflacht, da auch die Impulse aus dem Ausland deutlich nachlassen (Boysen-Hogrefe et al. 2010). Das reale Bruttoinlandsprodukt wird im Jahresverlauf um lediglich 1,4 Prozent zulegen, nach reichlich 4 Prozent im laufenden Jahr (Tabelle 9). Dabei werden die privaten Konsumausgaben durch die anhaltend günstige Entwicklung am Arbeitsmarkt gestützt. Daneben profitiert der Wohnungsbau von den niedrigen Hypothekenzinsen. Die Unternehmensinvestitionen nehmen erneut deutlich zu, wenn auch nicht mehr so kräftig wie im Vorjahr, als es Nachholeffekte in beträchtlichem Umfang gab. Die Zahl der Arbeitslosen wird im Jahresdurchschnitt knapp 3 Mill. betragen und damit das Niveau im Vorjahr um annähernd 300 000 Personen unterschreiten. Die Inflationsrate dürfte mit 1,6 Prozent etwas höher ausfallen als im laufenden Jahr.

Tabelle 9:

Quartalsdaten zur wirtschaftlichen Entwicklung 2010–2012

	2010				2011				2012			
	I	II	III	IV	I	II	III	IV	I	II	III	IV
Bruttoinlandsprodukt	2,3	9,5	2,8	3,2	1,7	1,1	1,2	1,4	1,6	1,6	1,8	2,0
Private Konsumausgaben	0,8	2,4	1,8	2,2	2,0	1,2	0,8	0,7	0,7	0,8	0,9	1,0
Konsumausgaben des Staates	7,8	-4,3	4,5	2,1	1,3	0,9	1,0	1,2	1,2	1,0	1,3	0,9
Ausrüstungsinvestitionen	18,7	18,6	15,8	18,5	-3,3	12,8	12,9	9,5	9,4	9,4	9,4	9,4
Bauinvestitionen	-3,0	30,4	-1,7	2,0	1,1	1,2	1,4	1,5	1,6	1,8	1,9	2,2
Sonstige Anlagen	2,6	7,0	6,9	6,4	6,0	6,2	6,1	6,5	6,6	6,6	6,6	6,6
Vorratsveränderungen	4,2	2,7	-1,2	-0,6	1,4	-0,9	-0,7	0,4	0,0	-0,2	0,0	0,4
Inländische Verwendung	7,5	8,0	1,7	2,8	2,9	1,1	1,1	2,0	1,6	1,5	1,8	2,3
Ausfuhr	12,4	35,6	9,6	7,3	2,3	3,4	4,6	5,2	7,8	8,3	8,0	7,2
Einfuhr	28,7	34,9	8,0	6,6	5,1	3,6	4,7	7,1	8,6	8,7	8,7	8,4
Außenbeitrag	-4,5	1,9	1,2	0,6	-1,0	0,1	0,2	-0,5	0,0	0,2	0,0	-0,2
Erwerbstätige, Inland	40 275	40 433	40 543	40 623	40 688	40 748	40 798	40 838	40 878	40 908	40 938	40 968
Arbeitslose	3 382	3 255	3 186	3 144	3 076	3 008	2 946	2 894	2 842	2 800	2 757	2 715

Preis-, kalender- und saisonbereinigt. Veränderung gegenüber dem Vorquartal in Prozent, Jahresrate; Vorratsveränderungen, Außenbeitrag: Lundberg-Komponente; Erwerbstätige, Arbeitslose: 1000 Personen; Arbeitslose: Abgrenzung der Bundesagentur für Arbeit.

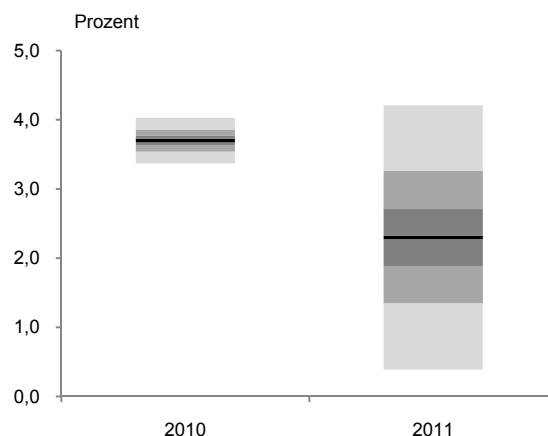
Quelle: Statistisches Bundesamt, *Fachserie 18, Reihe 1.3* (Ifd. Jgg.); Bundesagentur für Arbeit, *Monatsbericht* (Ifd. Jgg.); ab 2010 IV: Prognose des IfW.

Bei der Prognose besteht eine Unsicherheit, die wir anhand von Konfidenzintervallen dargestellt haben. Die Spanne, in der die Zuwachsrate des Bruttoinlandsprodukts im Jahr 2011 mit 95-prozentiger Wahrscheinlichkeit liegt, reicht von 0,4 bis 4,2 Prozent, für das laufende Jahr betragen die entsprechenden Werte 3,4 bis 4,0 Prozent (Abbildung 28).

Für das Jahr 2012 rechnen wir mit einem leichten Anziehen der Konjunktur. So dürfte die Weltkonjunktur wieder etwas an Schwung gewinnen. Auch die Inlandsnachfrage wird voraussichtlich etwas rascher expandieren als im Vorjahr. Trotz der höheren Rate im Jahresverlauf – sie wird voraussichtlich 1,8 Prozent betragen – wird der Anstieg des Bruttoinlandsprodukts im Jahresdurchschnitt geringer ausfallen als im Jahr 2011 und sich auf lediglich 1,3 Prozent belaufen (Tabelle 10). Gemindert wird die Zunahme zudem durch den negativen Arbeitstageeffekt, der 0,2 Prozentpunkte ausmacht. Zur Jahreswende 2011/2012 dürfte die Kapazitätsauslastung wieder annähernd dem langjährigen Durchschnitt entsprechen. Die Lage am Arbeitsmarkt wird 2012 günstig bleiben, die Zahl der Arbeitslosen dürfte sich um reichlich 200 000 Personen auf knapp 2,8 Mill. verringern. Das Preisniveau wird etwas stärker

anziehen; die Inflationsrate wird voraussichtlich 2,0 Prozent betragen und damit höher sein als im übrigen Euroraum.

Abbildung 28:
Prognoseintervalle für die Zunahme des Bruttoinlandsprodukts 2010 und 2011



Bruttoinlandsprodukt: preisbereinigt; prognostizierter Anstieg (Linie) und Prognoseintervall (grau hinterlegte Flächen) bei Irrtumswahrscheinlichkeiten von 66, 33 und 5 Prozent (basierend auf Prognosefehlern des Instituts für Weltwirtschaft jeweils im vierten Quartal der Jahre 1994–2009).

Quelle: Eigene Berechnungen.

Tabelle 10:
Jahresdaten zur wirtschaftlichen Entwicklung 2009–2012

	2010	2009	2010	2011	2012
	Mrd. Euro	Vorjahresveränderung in Prozent			
Verwendung des Bruttoinlandsprodukts in Vorjahrespreisen					
Bruttoinlandsprodukt		-4,7	3,7	2,3	1,3
Private Konsumausgaben		-0,2	0,5	1,7	0,8
Konsumausgaben des Staates		2,9	2,1	1,4	1,1
Anlageinvestitionen		-10,1	6,6	5,2	4,5
Ausrüstungsinvestitionen		-22,6	10,3	9,4	9,2
Bauinvestitionen		-1,5	4,2	2,2	1,1
Sonstige Anlagen		5,6	6,4	6,4	6,5
Vorratsveränderung ^a		-0,3	0,9	0,1	-0,1
Inländische Verwendung		-1,9	2,9	2,4	1,4
Ausfuhr		-14,3	14,8	6,4	6,1
Einfuhr		-9,4	14,2	6,9	7,0
Außenbeitrag ^a		-2,9	0,9	0,1	-0,1
Verwendung des Bruttoinlandsprodukts in jeweiligen Preisen					
Bruttoinlandsprodukt	2 499,3	-3,4	4,3	3,6	2,8
Private Konsumausgaben	1 444,7	-0,2	2,4	3,4	2,6
Konsumausgaben des Staates	486,0	5,0	2,9	2,3	2,9
Anlageinvestitionen	450,3	-10,3	6,5	5,7	5,0
Ausrüstungsinvestitionen	168,9	-23,3	9,2	8,5	8,1
Bauinvestitionen	253,1	-0,6	5,4	4,1	3,0
Sonstige Anlagen	28,3	-1,4	1,4	2,9	3,7
Vorratsveränderung (Mrd. Euro)		-27,3	-4,0	-2,2	-5,4
Inländische Verwendung	2 377,1	-1,9	4,3	3,7	3,0
Ausfuhr	1 152,0	-16,9	17,7	7,2	6,0
Einfuhr	1 029,8	-15,5	19,7	7,7	6,8
Außenbeitrag (Mrd. Euro)		118,5	122,2	125,4	124,0
Bruttonationaleinkommen	2 533,1	-3,6	4,2	3,6	2,8
Deflatoren					
Bruttoinlandsprodukt		1,4	0,5	1,2	1,5
Private Konsumausgaben		0,0	1,8	1,7	1,8
Konsumausgaben des Staates		2,1	0,8	0,9	1,8
Ausrüstungsinvestitionen		-0,9	-1,0	-0,9	-0,9
Bauinvestitionen		0,9	1,2	1,9	1,8
Sonstige Anlagen		-6,7	-4,7	-3,2	-2,6
Ausfuhr		-3,0	2,5	0,8	-0,2
Einfuhr		-6,8	4,8	0,8	-0,2
<i>Nachrichtlich: Verbraucherpreise</i>		0,3	1,1	1,6	2,0
Einkommensverteilung					
Volkseinkommen	1 906,8	-4,2	6,4	3,7	3,0
Arbeitnehmerentgelt	1 260,6	0,2	2,8	2,1	2,9
in Prozent des Volkseinkommens (Lohnquote)		68,4	66,1	65,0	65,0
Unternehmens- und Vermögenseinkommen	646,3	-12,6	14,2	7,0	3,2
Verfügbares Einkommen der privaten Haushalte	1 595,4	-1,0	2,6	3,3	2,5
Sparquote (Prozent)		11,1	11,4	11,3	11,3
Effektivlohn, Stundenbasis		2,9	-0,2	0,2	2,9
Lohnstückkosten, Stundenbasis		5,7	-1,0	-0,5	1,4
Produktivität, Stundenbasis		-2,2	0,9	0,7	1,5
Arbeitslose (1 000)		3 423	3 252	2 984	2 778
Arbeitslosenquote (Prozent)		8,2	7,7	7,1	6,6
Erwerbstätige, Inlandskonzept (1 000)		40 271	40 479	40 764	40 927
Finanzierungssaldo des Staates					
in Mrd. Euro		-72,7	-81,7	-75,9	-65,0
in Relation zum Bruttoinlandsprodukt (Prozent)		-3,0	-3,3	-2,9	-2,4
Öffentliche Schulden (Prozent)		73,4	83,5	84,3	85,1

^aLundberg-Komponente. — Arbeitslose, Arbeitslosenquote: Abgrenzung der Bundesagentur für Arbeit; Öffentliche Schulden: in Relation zum Bruttoinlandsprodukt.

Quelle: Statistisches Bundesamt, *Fachserie 18, Reihe 1.2* (lfd. Jgg.); 2010 bis 2012: Prognose des IfW.

Literatur

- BMF (Bundesministerium der Finanzen) (2010a). Bundeshaushalt 2011. Gesetzentwurf der Bundesregierung für ein Haushaltsbegleitgesetz 2011. Via Internet (2. Dezember 2010) <http://www.bundesfinanzministerium.de/nm_4314/DE/BMF__Startseite/Aktuelles/Aktuelle__Gesetze/Gesetzentwuerfe__Arbeitsfassungen/20100901-HHbegl__anl2,templateId=raw,property=publicationFile.pdf>.
- BMF (Bundesministerium der Finanzen) (2010b). Gesetzentwurf der Bundesregierung für ein Haushaltsbegleitgesetz 2011. Via Internet (29. November 2010) <http://www.bundesfinanzministerium.de/nm_3378/DE/BMF__Startseite/Aktuelles/Aktuelle__Gesetze/Gesetzentwuerfe__Arbeitsfassungen/20100901-HHbegl__anl,templateId=raw,property=publicationFile.pdf>.
- BMF (Bundesministerium der Finanzen) (2010c). Gesetzliche Maßnahmen und weitere Vorhaben im Einzelnen. Via Internet (13. Dezember 2010) <http://www.bundesfinanzministerium.de/nm_53988/DE/Wirtschaft__und__Verwaltung/Steuern/09122010-Koalitionsausschuss-Anlage,templateId=raw,property=publicationFile.pdf>.
- BMF (Bundesministerium der Finanzen) (lfd. Jgg.). *Finanzbericht*. Berlin.
- Boss, A., J. Boysen-Hogrefe, D. Groll, N. Jannsen, S. Kooths, B. van Roye und J. Scheide (2010a). Deutschland: Nach dem Zwischenspur langsamer Gangart der Konjunktur. Institut für Weltwirtschaft (Hrsg.), Weltkonjunktur und deutsche Konjunktur im Herbst 2010. Kieler Diskussionsbeiträge 483/484. IfW, Kiel.
- Boss, A., J. Dovern, D. Groll, C.-P. Meier, B. van Roye und J. Scheide (2010b). Deutschland: Konjunkturelle Erholung setzt sich in verlangsamtem Tempo fort – Gefahr eines Rückschlags durch die Schuldenkrise. Institut für Weltwirtschaft (Hrsg.), Weltkonjunktur und deutsche Konjunktur im Sommer 2010. Kieler Diskussionsbeiträge 481/482. IfW, Kiel.
- Boysen-Hogrefe, J., K.-J. Gern, N. Jannsen, B. van Roye und J. Scheide (2010). Weltkonjunktur schwächt sich ab. Institut für Weltwirtschaft (Hrsg.), Weltkonjunktur und deutsche Konjunktur im Winter 2010. Kieler Diskussionsbeiträge 486/487. IfW, Kiel.
- Bundesagentur für Arbeit (lfd. Jgg.). *Arbeitsmarkt in Zahlen – Beschäftigung in Deutschland – Monatszahlen*. Nürnberg.
- Bundesagentur für Arbeit (lfd. Jgg.). *Einnahmen und Ausgaben der BA*. Nürnberg.
- Bundesagentur für Arbeit (lfd. Jgg.). *Monatsbericht*. Nürnberg.
- Bundesrat (2010). Verordnung des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales. Verordnung zur Festsetzung des Umlagesatzes für das Insolvenzgeld für das Kalenderjahr 2011. *Drucksache* 714/10 vom 5. November.
- Denis, C., D. Grenouilleau, K. Mc Morrow und W. Röger (2006). Calculating Potential Growth Rates and Output gaps – A Revised Production Function Approach. *Economic Papers* 247. European Economy, Brussels.
- Deutsche Bundesbank (lfd. Jgg.). *Bank Landing Survey*. Frankfurt am Main.
- Deutsche Bundesbank (lfd. Jgg.). *Monatsbericht*. Frankfurt am Main.
- Deutsche Bundesbank (lfd. Jgg.). *Saisonbereinigte Wirtschaftszahlen*. Frankfurt am Main.
- Eurostat (2010). Historical Data. Via Internet (4. Dezember 2010) <<http://www.eurostat.org/eurostat/historical.html>>.
- Europäische Kommission (lfd. Jgg.). European Economic Forecast. Via Internet (15. Dezember 2010) <http://ec.europa.eu/economy_finance/publications/european_economy/forecasts_en.htm>.
- EZB (Europäische Zentralbank) (lfd. Jgg.). *Monatsbericht*. Frankfurt am Main.
- Gern, K.-J., und N. Jannsen (2008). Zweiter Teil – Studie des Instituts für Weltwirtschaft. In K.-J. Gern, T. Schmidt und M. Schröder (Hrsg.), *Mittelfristige gesamtwirtschaftliche Prognosen – Ein internationaler Vergleich der Modelle und Prognosegüte*. Wiley-VHC, Weinheim: 77–174.
- ifo (ifo Institut für Wirtschaftsforschung) (lfd. Jgg.). *Konjunkturperspektiven*. München.
- ifo (ifo Institut für Wirtschaftsforschung) (lfd. Jgg.). *Schnelldienst*. München.

- IMF (International Monetary Fund) (lfd. Jgg.). *International Financial Statistics*. Washington, D.C.
- Kastrop, C., und M. Snelting (2008). Das Modell des Bundesfinanzministeriums für eine neue Schuldenregel. *Wirtschaftsdienst* 6: 375–382.
- Statistisches Bundesamt (2010). *Fachserie 18: Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen, Reihe 1.2: Inlandsproduktsberechnung – Vierteljahresergebnisse*. 3. Vierteljahr. Wiesbaden.
- Statistisches Bundesamt (lfd. Jgg.). *Wirtschaft und Statistik*. Wiesbaden.
- Statistisches Bundesamt (lfd. Jgg.). *Fachserie 18: Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen, Reihe 1.2: Inlandsproduktsberechnung – Vierteljahresergebnisse*. Wiesbaden.
- Statistisches Bundesamt (lfd. Jgg.). *Fachserie 18: Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen, Reihe 1.3: Inlandsproduktsberechnung – Saisonbereinigte Vierteljahresergebnisse nach Census X-12-ARIMA und BV4.1*. Wiesbaden.
- Statistisches Bundesamt (lfd. Jgg.). *Fachserie 18: Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen, Reihe 1.4: Inlandsproduktsberechnung – Detaillierte Jahresergebnisse*. Wiesbaden.
- Statistisches Bundesamt (lfd. Jgg.). *Fachserie 18: Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen, Reihe 1.5: Inlandsproduktsberechnung – Lange Reihen ab 1970*. Wiesbaden.